INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Weg mit dem Cafe Germania!

Nr. 464

26. November 1998

Vorwort

Liebe Leute,

obwohl eigentlich die letzten Wochen einiges in der Stadt und auch sonstwo los war, ist diese euch vorliegende Ausgabe recht dünn geraten. Wir haben speziell etwas zum Abschiebeknast in Grünau und der damit verbundenen Besetzung des Büros der Grünen, zum EU-Wochenende im Mehringhof und zur Demo gegen das Café Germania vermißt. Doch schlimmer noch, die Schokolade war auch sehr unterrepräsentiert auf unseren Sitzungen.

Über die Texte zur Ermordung von Andrea Wolf haben wir lange und heftig diskutiert, ohne uns so richtig einigen zu können. Ergebnis war, wie ihr seht, daß wir beide ohne Kommentar abgedruckt haben. Ausschlaggebend dafür war, daß wir es in der aktuellen Situation in erster Linie wichtig fanden, gegen den Terror der türkischen Armee Stellung zu beziehen. Schwierigkeiten mit und Kritik an der Organisation PKK traten für die meisten von uns aus diesem Anlaß in den Hintergrund, trotz der Befürchtung, daß die Ermordung von Andrea für eine Politik instrumentalisiert werden könnte, die wir ablehnen.

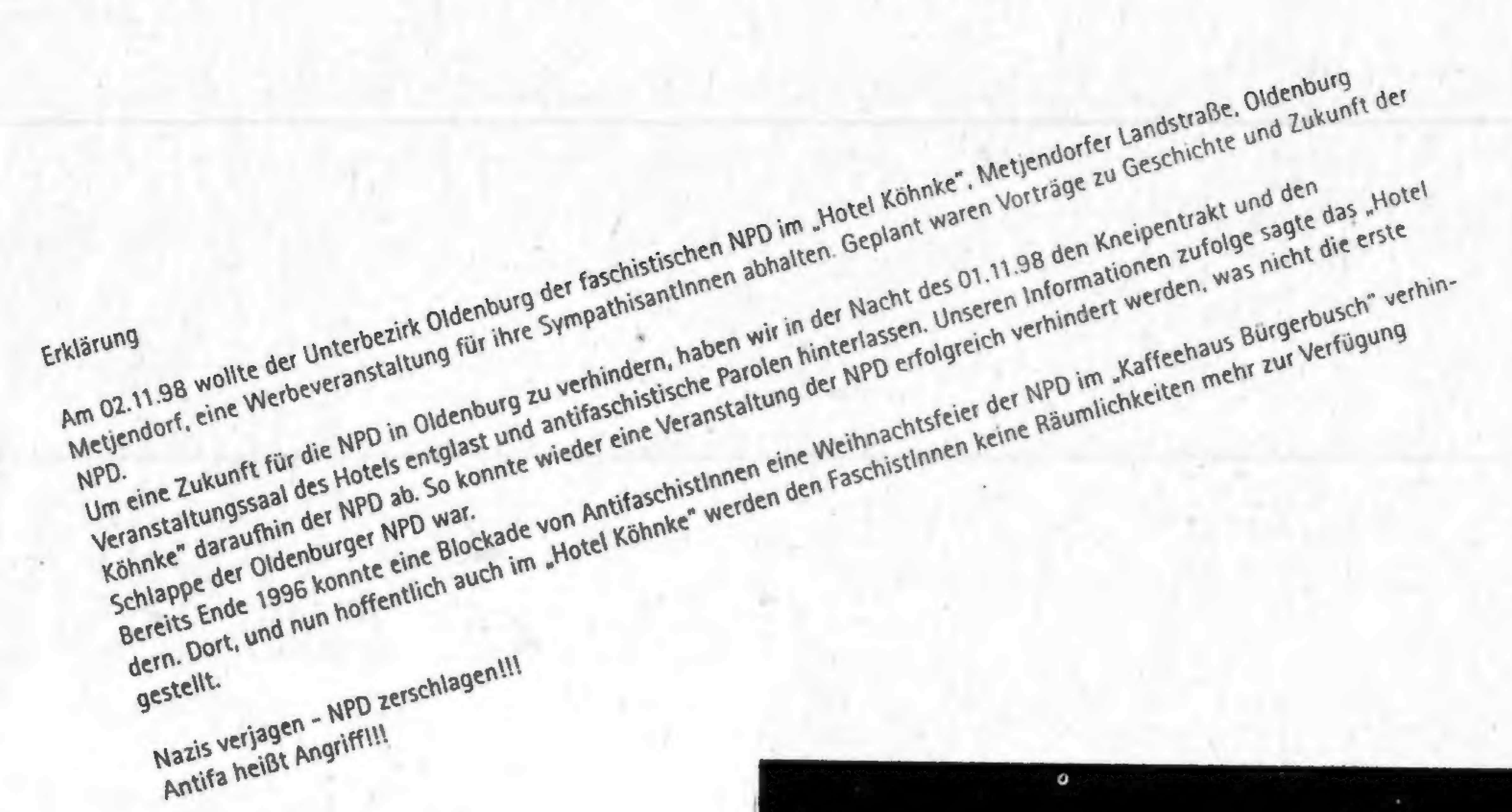
Ein bißchen was zum Ausklingen: Hurra, hurra Niklaus ist bald da. Und wir wünschen all'unseren LeserInnen einen wohlgefüllten Adventskalender.

Jau.

Inhaltsverzeichnis

Interpressum

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
V.i.S.d.P. Charlotte Schulz



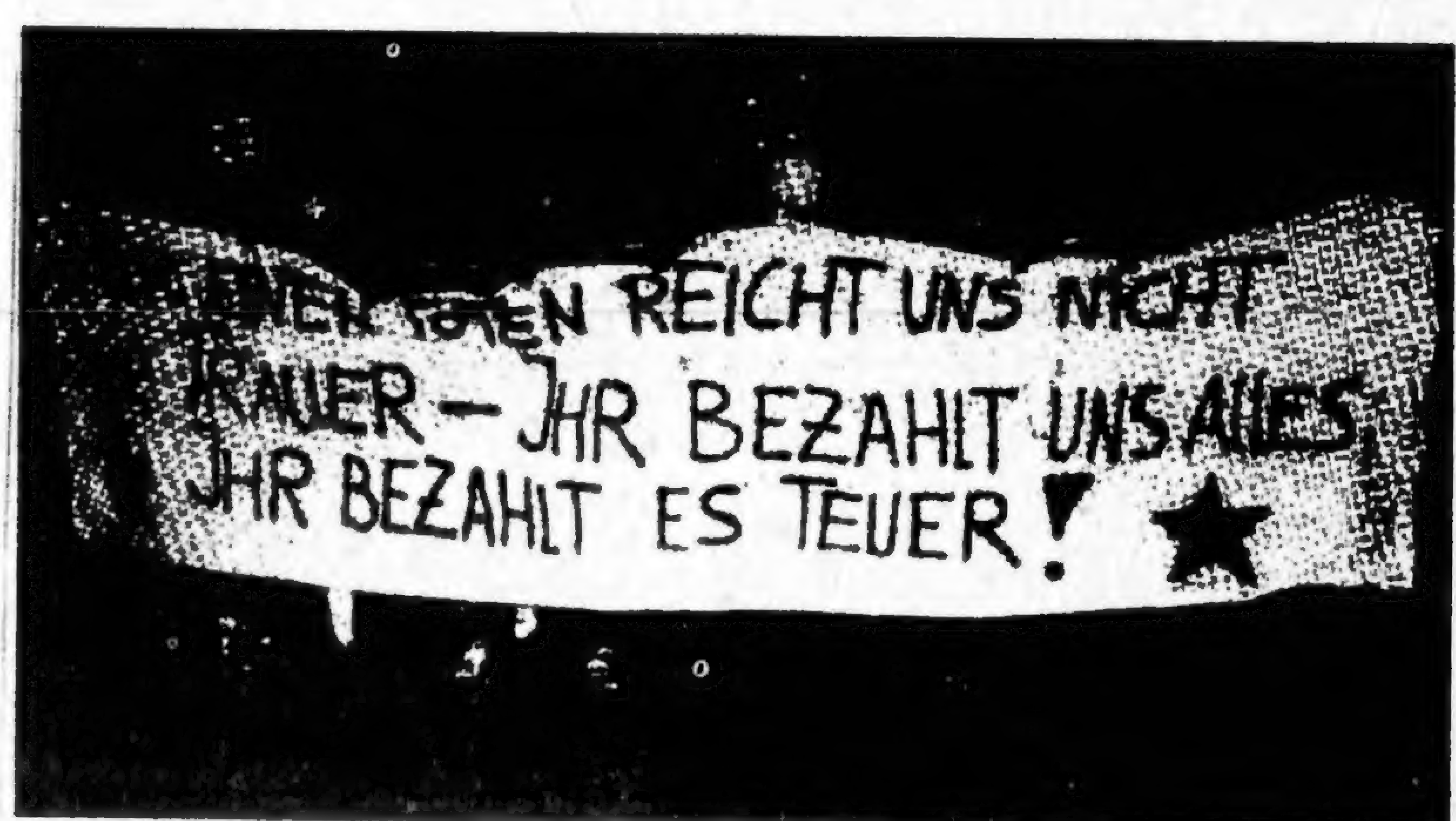
Erklärung

Am 02.11.98 wollte der Unterbezirk Oldenburg der faschistischen NPD im „Hotel Köhnke", Metjendorfer Landstraße, Oldenburg Metjendorf, eine Werbeveranstaltung für ihre SympathisantInnen abhalten. Geplant waren Vorträge zu Geschichte und Zukunft der NPD.

Um eine Zukunft für die NPD in Oldenburg zu verhindern, haben wir in der Nacht des 01.11.98 den Kneipentrakt und den Veranstaltungssaal des Hotels entglast und antifaschistische Parolen hinterlassen. Unseren Informationen zufolge sagte das „Hotel Köhnke" daraufhin der NPD ab. So konnte wieder eine Veranstaltung der NPD erfolgreich verhindert werden, was nicht die erste Schlappe der Oldenburger NPD war.

Bereits Ende 1996 konnte eine Blockade von AntifaschistInnen eine Weihnachtsfeier der NPD im „Kaffeehaus Bürgerbusch" verhindern. Dort, und nun hoffentlich auch im „Hotel Köhnke" werden den FaschistInnen keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung gestellt.

Nazis verjagen – NPD zerschlagen!!!
Antifa heißt Angriff!!!



Flaschenwürfe aus Treffpunkt der rechten Szene

■ **Über 1.500 Menschen prostestierten gegen Café Germania. Rechte warfen Flaschen auf Demonstranten. BVG erneuerte Gedenktafel für Silvio Meier im U-Bahnhof Samariterstraße**

Am Ende war die Stimmung aufgeheizt, trotz der eisigen Temperaturen. „Kommt doch raus", forderten Teilnehmer der „Silvio-Meier-Demonstration" am Samstag die rund 50 Rechtsextremisten auf, die sich im „Café Germania" in der Lichtenberger Normannenstraße versammelt hatten. Eine Empfehlung, der die jungen, kurzgeschorenen Männer trotz ihrer drohenden Gebärden durch die Plexiglasscheiben dann lieber doch nicht nachkamen.

Zuvor waren mehr als 1.500 Menschen friedlich für die Schließung der rechtsextremen Wärmestube in Lichtenberg auf die Straße gegangen. Mit dem Gedenken an den 1992 von rechten Jugendlichen erstochenen Hausbesetzer Silvio Meier sollte der Protest gegen das von dem NPD-Mitglied Udo Voigt betriebene Café Germania verbunden werden.

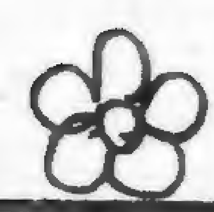
Die Situation drohte zu eskalieren, als der Zug die Normannenstraße erreichte. Rechstradikale hatten sich dort in der Kneipe „Normannenhütte" versammelt, „wegen Überfüllung des Café Germania", wie ein Gegendemonstrant mitteilte. Von dort warfen sie mit Altglas auf den Protestzug – über die Köpfe der Polizisten hinweg, die sich vor der Gaststätte postiert hatten, jedoch nicht eingriffen. Schließlich warfen auch einige Demonstranten Steine auf die Fassade. Die Veranstalter berichteten von zwei Schwerverletzten. Sie erstatteten Anzeige wegen schwerer Körperverletzung. Ein Polizeisprecher sagte, vier Personen seien „im Zusammenhang mit der unfriedlichen Aktion" festgenommen worden. Ob es sich um Angehörige des rechten oder linken Spektrums handelte, blieb unklar.

Neu war das für Berliner Verhältnisse zurückhaltende Auftreten der Polizei. Penible Leibesvisitationen bleiben ebenso aus wie das bisher obligatorische Polizeispalier am Rand des Demonstrationszugs. Eine Innovation, die bei den überwiegend jugendlichen Demonstranten für Verwunderung sorgte. „Ich fühl' mich etwas fremd", stellte ein siebzehnjähriger Schüler verblüfft fest.

Zu dem Protestumzug hatten 13 Antifa-Gruppen sowie die Initiative gegen Rechtsextremismus in Lichtenberg aufgerufen. Diese hatte zuletzt mit einer auch vom Lichtenberger Bürgermeister Wolfram Friedersdorf (PDS) unterstützten Informationsveranstaltung gegen das rechte Café mobil gemacht.

Vor der rund zweistündigen Demonstration hatten rund 150 Menschen im U-Bahnhof Samariterstraße mit einer Mahnwache des vor sechs Jahren in dem U-Bahnhof von Rechtsradikalen erstochenen Silvio Meier gedacht. Eine dort angebrachte Gedenktafel war vor mehreren Wochen spurlos verschwunden. Am Freitag war sie von Mitarbeitern der BVG wieder erneuert worden. Nach Angaben einer BVG-Sprecherin handelt es sich um eine Neuanfertigung, die in Absprache mit Freunden des Erstochenen aufgehängt wurde.

taz



Liebe Zeitungsmacherinnen,

wir haben schon einige Zeit nichts von uns hören lassen. Wir möchten nun die Gelegenheit nutzen und Euch unsere neuen Entwicklungen kurz mitteilen.

International Institute of Social History
Internationales Institut für Sozialgeschichte
Institut International d'Histoire Sociale



Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis

Die erste CD-ROM des ID-Archiv in Amsterdam.
Die CD-ROM enthält das Verzeichnis der alternativMedien (VaM), das Verzeichnis der lieferbaren Broschüren (VdlB) und einen Auszug der deutschsprachigen „Grauen Literatur" aus dem Katalog des IISG.

In Zukunft wollen wir unsere Verzeichnisse immer im Internet veröffentlichen. Dies natürlich kostenlos und ohne Werbung. Die CD-ROM soll regelmäßig erscheinen und die verschiedenen Datenbanken enthalten. Für 1999 planen wir die Herausgabe und Aktualisierung unseres Archiv-Readers (Print-Datenbank / Internet / CD-ROM).

Im Internet sind derzeit alle wesentlichen Vorhaben und laufende Projekt-beschreibungen nachzulesen.

http://www.iisg.nl/~id

Genaue Hinweise und Erläuterungen sind immer dieser Adresse zu entnehmen.
Unsere deutsche Adresse ist http://www.id-archiv.de und verweist im wesentlichen nur auf unsere Amsterdamer Adresse.

Projekte
http://194.178.64.81/cgi-bin/texis/webinator/partisansearch
Ein Versuch, insgesamt alternative Medien im Internet zu archivieren. Das besondere an dieser Suchmaschine ist, dazu sie den ASCII-Text der Internet-Seiten archiviert und auf unseren Server lädt. Wenn also die url's nicht mehr stimmen oder einfach verschwinden, so ist der Inhalt auf jeden Fall archiviert und kann nachgelesen werden.

Cruquiusweg 31
1019 AT Amsterdam
the Netherlands

TEL + 31 20 66 858 66
FAX + 31 20 66 541 81
E-MAIL inf.gen@iisg.nl
URL http://www.iisg.nl

ABN AMRO 41.13.90.805
POSTBANK 4740245

http://id-archiv.occasio.net/cgi-bin/as_web.exe?vdlb+F
Hier findet ihr online das **Verzeichnis der lieferbaren Broschüren (VdlB)** auch als PDF-, und/oder als askSam-Datenbank-File.
http://www.iisg.nl/~id/ftp.htm

http://id-archiv.occasio.net/cgi-bin/as_web.exe?vam+F
Hier findet ihr online das **Verzeichnis der alternativMedien (VaM)** auch als PDF-, und/oder als askSam-Datenbank-File.
http://www.iisg.nl/~id/ftp.htm

http://id-archiv.occasio.net/cgi-bin/as_web.exe?event+F
Hier gibt es einen Kalender aller "wichtigen Ereignisse" der letzten drei Jahre, darunter verstehen wir Demonstrationen, Kongresse, Veranstaltungen, Seminare mit bundesweitem Charakter. Wir haben dieses Projekt Event-Kalender getauft.

http://id-archiv.occasio.net:8080/bunteseiten/FMPro?-db=bunteseiten%5f.fp3&format=zoeken.html&lay=zoeksnel&-view
Für die Zeitschrift Contraste (Heidelberg) haben wir die „Bunten Seiten" ins Internet gebracht.

Für die Zukunft haben wir noch einige mehr oder weniger „große" Projekte vor. Wir sind aber derzeit noch in der Vorbereitungsphase.
Soweit die Zwischenergebnisse.
Für unsere weitere Planung ist uns Eure Meinung wichtig, deshalb freuen wir uns natürlich auf Hinweise, Kritik und Verbesserungsvorschläge und würden gerne erfahren, ob dieser Service hilfreich für Euch ist.

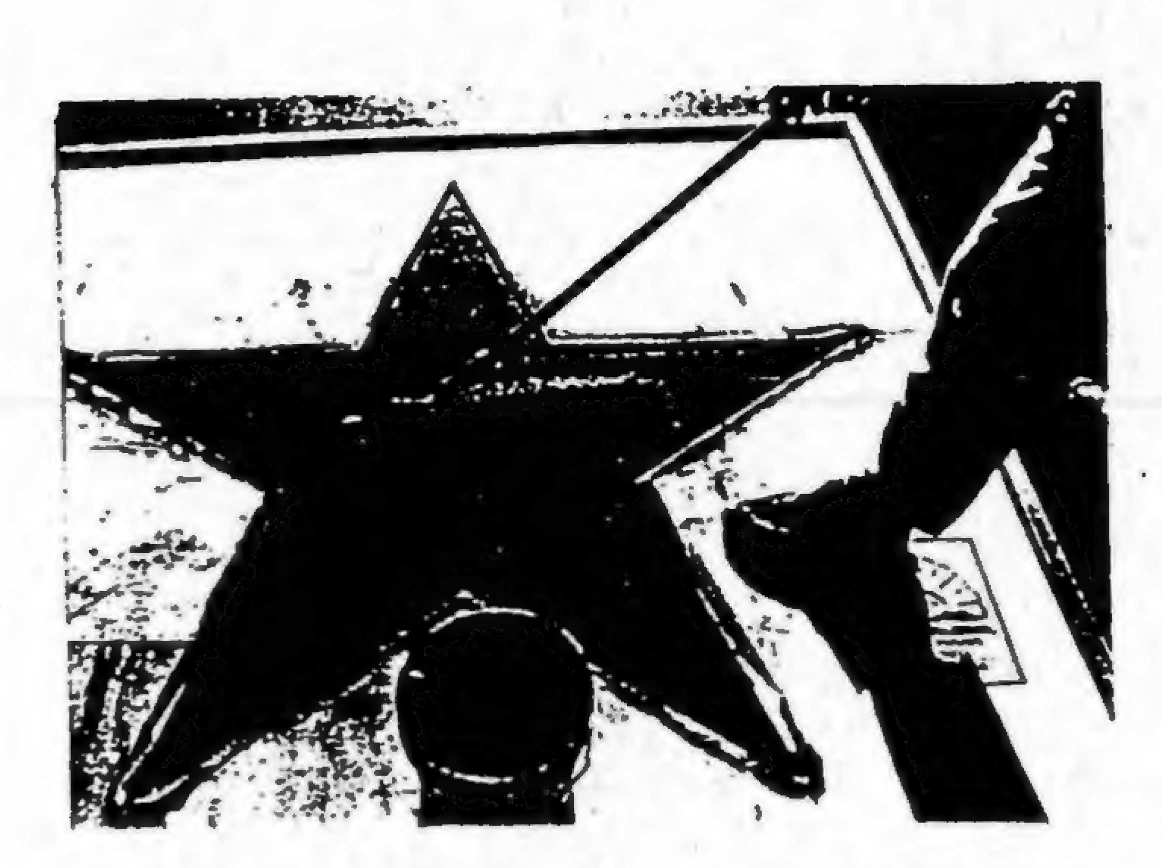
Die besten Grüße aus Amsterdam

ID-Archiv und Edition ID-Archiv Amsterdam
Axel Diederich & Eef Vermeij





E-mail: adi@iisg.nl & eve@iisg.nl & URL http://www.iisg.nl/~id



Infoladen
Leipziger Str. 91
60487 Frankfurt/Main
Tel./Fax: 069 / 77 46 70

Rundbrief November 1998

Im Infoladen hat es gebrannt
Am Sonntag den 19.7.1998, gegen 22 Uhr 30 wurden einige Leute im Café Exzess von Nachbarn informiert, daß aus den Räumen des Infoladens Rauchschwaden aufsteigen. Die alarmierte Feuerwehr konnte den Brand relativ schnell löschen und ein Übergreifen auf andere Räume verhindern. Bei der anschließenden Ermittlung des Brandherdes waren neben Feuerwehr und Kripo auch Leute unseres Vertrauens anwesend. Auslöser des Feuers war ein Elektroheizkörper welcher auf Stufe drei eingeschaltet war und auf dem brennbare Sachen lagen. Feuerwehr und Kripo gehen daher von „Fremdeinwirkung" aus.
Für uns stellt sich die Sache so dar: Die Räume waren zum Zeitpunkt des Brandes abgeschlossen, es befand sich auch niemand von uns im Laden. Um ca. 21 Uhr 15 hat die letzte Person den Infoladen verlassen, zu diesem Zeitpunkt war die Heizung nicht eingeschaltet. Der 19.7. war einer dieser „30 Grad im Schatten -Tage" im Hochsommer. Der Heizkörper heizte sehr stark, roch auch etwas. Beides war zu dem Zeitpunkt, als die letzte Person von uns den Laden verließ, nicht der Fall. Alle uns plausibel erscheinenden technischen Defekte oder sonstige Brandquellen können wir ausschließen. Ein versehentliches Einschalten des Heizgerätes ist nahezu unmöglich gewesen, da dieses - im Sommer nicht benutzt - schwer zugänglich hinter einem Bücherregal weggestellt war. Auch wir gehen also von „Fremdeinwirkung" aus, können aber nach wie vor nicht näher eingrenzen, wie diese zu Stande kam. Wir wissen lediglich, daß wir nicht unseren eigenen Laden abbrennen.

Zum Schaden: Sämtliche Videofilme und Teile des Archivs sind verbrannt. Der andere Teil und die Leihbibliothek waren durch Ruß und Wasser stark beschädigt, so daß auch hier viele Broschüren und Bücher nicht mehr benutzt werden können. Fast alle elektronischen Geräte waren unbrauchbar. Der Infoladen war also die letzten Monate eine Baustelle und ein regelmäßiger Betrieb war nicht möglich. In den ersten Wochen nach dem Brand haben wir erstmal alles ausgeräumt und aussortiert, was noch halbwegs erhalten war. (ca. 1200 Ordner/Zeitschriftenständer + ca. 5000 Bücher). Danach mußten wir alles rausreißen (Regale, Fenster, Boden, Verputz, Elektrik, Treppe....) und bergeweise Schutt entsorgen. Die Mithilfe vieler und die Spendenbereitschaft einiger Leute und Gruppen machte es dann möglich, den Laden von August bis Oktober wieder aufzubauen und zu renovieren. Die verbliebenen Ordner, Zeitschriften und Bücher wurden geputzt, nach Brauchbarkeit sortiert und wieder eingeräumt.

......Auferstanden aus Ruinen.....: Seit dem 22. November 1998 haben wir wieder regelmäßig geöffnet. Bis das Archiv und die Leihbibliothek wieder uneingeschränkt nutzbar sind dauert allerdings noch eine Weile.
Unvermeidlich zum Schluß:
Sachspenden in Form von gebrauchten Büchern oder Zeitschriften für das Archiv können wir nun, nach Abschluß der Renovierungsarbeiten, gut gebrauchen um fehlende Bestände zu ergänzen bzw. verrußte Exemplare auszutauschen.
Obwohl wir für unsere Arbeit im Laden kein Geld bekommen sind wir auch weiterhin auf Geldspenden für den laufenden Betrieb angewiesen. Wer ein paar Mark übrig hat, kann diese auf das u.a. Konto überweisen.
An dieser Stelle nochmals vielen Dank an die Leute, die uns bisher durch Mithilfe, Geld- oder Sachspenden unterstützt haben.

................das Infoladenteam Bembeltown

Öffnungszeiten: Montag 18 - 22 Uhr
Sonntag 12 - 16 Uhr
bei Veranstaltungen im Café Exzess (siehe Monatsprogramm)
oder nach telefonischer Absprache

Konto: **A.Schie. / M. St.** **Kontonummer: 0304801372** **BLZ: 500 502 01**
Frankfurter Sparkasse 1822 **Verwendungszweck: Infoladen**



EU-Gipfel von 10. - 12. Dez. in Wien anfahren! (Das Auto.Mobile.Reise.Büro gibt bekannt!)

Vom 10. - 12. Dezember findet der EU - Gipfel in Wien statt. Während der ganzen EU-Präsidentschaft Österreichs wurden Themen wie EU-Osterweiterung, europäische Sicherheitskonzepte (NATO/WEU), „Harmonisierung" der Sicherung der EU - Außengrenzen verhandelt und die bestehenden menschenverachtende Gesetze noch mehr ausgefeilt . Der Gipfel wird der mediale Höhepunkt der halbjährigen, bis jetzt eher ruhig verlaufenen EU - Präsidentschaft der österreichischen Regierung.

Hier einen umfassenden Erfolg zu verhindern, und unsere Inhalte auf die Straße tragen ist unser aller Anliegen!

In Wien werden, um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, Aktionstage vorbereitet. Dabei steht eine fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen im Vordergrund, was sich im Motto „Libertäre Galaxies statt Festung Europa!" manifestiert. Auf reformistische Forderungen nach einer „demokratischeren", „sozial abgefederten" europäischen Union lassen wir uns nicht ein!

WAS?

Geplante Events (siehe letzte Interim!):

Donnerstag (10.12.98): Straßentheater und Aktionen zu den „50 Jahre Menschenrechte" Feiern der AußenministerInnen.

Freitag (11.12.98): Jubeldemo, Konzert

Samstag (12.12.98): Demo, 14.00, Westbhf.

Dieses vorbereitete, angemeldete Programm steht für spontane Erweiterungen offen!!!

Eigeninitiative ist gefragt, macht Euch vorher vielleicht schon den einen oder anderen Gedanken...

SITUATION IN WIEN:

Bei der Anreise im PKW ist die Route über Prag nur bedingt zu empfehlen, da „bunte" Leute häufig bei der Einreise nach Österreich schikaniert werden.

Pennplatzbörse, Verpflegung und genauere Infos gibt´s im EKH (Wielandgasse 2-4, 1100 Wien). Das Ernst-Kirchweger-Haus wurde vor acht Jahren besetzt, und ist heute das einzige legalisierte und existierende Haus in Wien. Eine Rechtshilfenummer wird eingerichtet, ein Flugblatt zur genauen rechtlichen Situation in Österreich wird erstellt (z.B. kein Vermummungsverbot, etc...).

BUS!

Ein Bus fährt, vorraussichtlich am Mittwoch (9.12.98) abends von Berlin, eventuell über Leipzig nach Wien. Planmäßige Rückkunft wäre dann am Sonntag (12.12.) morgens. Die Buskarten werden zwischen 20 und 30 DM´s kosten und werden ab 25.11.98 im Ex und im M99 erhältlich sein.

MOTIVATION!

Natürlich dienen diese Tage auch zum Kennenlernen (gegenseitig und die Bedingungen vor Ort), zum Erfahrungsaustausch, zur Vernetzung und mehr...!

Lernen wir die Bedingungen in anderen Ländern kennen, und treiben wir den anti-europäischen Widerstand voran! Vorwärts nach Wien...! Hoch die...! Nieder mit..!

Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen 1998

„...Vorgestern Nacht hat ein Typ versucht, mich in eine Einfahrt zu zerren. Ich hab ihn angeschrien und getreten. Dann konnte ich mich losreißen und bin weggerannt. ..."

Gewalt gegen Frauen ist so alltäglich, daß sie oft nicht einmal als solche wahrgenommen wird. Es gehört zur Normalität unserer patriarchalen Gesellschaft, daß das Grundrecht der Unantastbarkeit der menschlichen Würde für Frauen nicht selbstverständlich gültig ist.

„...Ich bin vor 5 Wochen vergewaltigt worden. Von einem Arbeitskollegen. Ich weiß nicht, wie ich darüber sprechen soll. Soll ich zum Betriebsrat gehen ? Ich begegne ihm fast jeden Tag ! ..."

Gewalterfahrungen von Frauen werden allzu oft als individuelle Schicksalsschläge angesehen. Dabei wird ignoriert, daß alltägliche Diskriminierung, körperliche und sexuelle Gewalt eng miteinander zusammenhängen und Teil der herrschenden Verhältnisse sind.

„...Morgen ist die Urteilsverkündung. Ich weiß nicht, wie ich das durchstehen soll. Am Ende kommt der auf Bewährung raus. Ich weiß nicht, was ich dann tue. Seit ich vier war, hat er mich mißbraucht. ..."

Frauen und Mädchen brauchen Unterstützung und ihnen muß geglaubt werden, wenn sie Gewalt anklagen. Stattdessen wird die Gewalt gegen sie bagatellisiert, verdrängt, akzeptiert und verleugnet.

„...Ich bin vor einem Monat in der U-Bahn von drei Männern belästigt worden. Zuerst versuchten sie mich anzulabern, als ich nicht drauf einging , haben sie mich angegrabscht und rumgeschubst. Der Wagen war halbvoll, und niemand hat mir geholfen. Ich fühl mich nirgends mehr sicher. ..."

Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem und allgegenwärtig. Jeder und jede ist deshalb gefordert, sich verantwortlich und zuständig zu fühlen und zu verhalten.

Notruf für belästigte und vergewaltigte Frauen, Lesben und Mädchen
2512828



Erklärung von InternationalistInnen zum Tod von Andrea Wolf - Ronahi
Die Informationsstelle Kurdistan e.V. dokumentiert eine Erklärung von InternationalistInnen:

Nichts und niemand kann unseren Tag verdunkeln - Ronahi, eine Revolutionärin können sie töten, aber nicht den Freiheitswillen der Menschen

Unsere Genossin Andrea Wolf - Ronahi wurde in den Bergen Kurdistans von der türkischen Armee ermordet!
Andrea - Ronahi stärkte als Internationalistin seit Mitte der 90er Jahre den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan, der sich in der 20jährigen Geschichte der Arbeiterpartei Kurdistan PKK entwickelt hat und zur Kraft geworden ist. Mit ihrem Leben und ihrem Kampf gab sie ein Beispiel für den lebendigen Internationalismus der kurdischen Befreiungsbewegung. Ob in Europa oder die letzten Jahre in Kurdistan, das Ziel, für das sie kämpfte, war die Befreiung der Völker weltweit, ihre dringlichste Aufgabe - Die Befreiung der Frau. So fand sie ihren Platz in den Reihen der YAJK, der Frauenarmee des Freien Frauenverband Kurdistans. Von diesem wollte sie lernen, in diesen ließ sie ihre Erfahrungen fließen, die sie in vielen Jahren politischer Arbeit gewonnen hatte. In den Jahren in Kurdistan hat sie niemals ihre Aufgaben in der Metropole vergessen. So war es natürlich ihr Gedanke und ihr Wunsch ihre Kraft und Erfahrungen nach Europa zurückzubringen.
Bei einem Gefecht zwischen der Volksbefreiungsarmee ARGK und dem türkischen Militär in der Provinz Van in Nordkurdistan wurde sie gefangen genommen und später vom Feind liquidiert. Wir kennen den Feind und wissen von seiner Brutalität speziell Frauen gegenüber. Wir wissen, wie die türkische Armee ihre Gefangenen behandelt und wie die Leichen unserer Freundinnen und Freunde danach aussehen. Wir kennen die blutige Spur die das türkische Militär durch die Berge, Städte und Dörfer zieht, und daß kein Mensch, kein Tier, nicht einmal die Natur vor ihrem Zerstörungswillen verschont bleibt.
Aber wir kennen auch die Kraft des kurdischen Befreiungskampfs, die Perspektive, das Licht, das durch ihn für die Menschen auch über Kurdistan hinaus aufgerissen wurde. Durch ihn haben Tausende wieder die Kraft zum Leben und Kämpfen gefunden. Wir lieben das Leben, das Lachen und das Singen unser Freunde und Freundinnen in den Bergen und sind mit ihnen verbunden.
So ist jede gefallene Freundin und jeder gefallene Freund ein Stich in unser Herz und fügt uns schwere Wunden zu. Doch niemals werden wir unsere im Kampf Gefallenen Genossinnen und Genossen vergessen. Jede und jeder einzelne lebt in unseren Herzen und in unserem Kampf weiter. Mit ihrem Leben werden wir eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufbauen.
Ronahi, liebste Freundin, Menschen wie du sind das Licht des Kampfes für das Leben in Freiheit und Gerechtigkeit

Heval Ronahi! Ew nikarin roja me taribikin - Sie werden unseren Tag nicht verdunkeln können

Sehit namirin! - Unsere gefallenen Revolutionärinnen und Revolutionäre sind unsterblich!

November 98
Heval Pelda, Ruken, Sipan und Haki

Unsere Freundin und Genossin Andrea Wolf wurde von türkischen Sicherheitskräften ermordet!

Redebeitrag auf der Demonstration Samstag, 21.11.98 11 Uhr, Hachmannplatz

Andrea hatte sich Mitte der 90er Jahre als Internationalistin dem kurdischen Befreiungskampf angeschlossen. Sie war Mitglied der Freien Frauenarmee (YAJK). Am 22.10.98 wurde sie von türkischen Sicherheitskräften festgenommen und anschließend hingerichtet.

Viele kennen Andrea aus dem Widerstand hier in der BRD. Seit Anfang der 80er Jahre war sie in vielen politischen Initiativen und Kampagnen aktiv. Der Staat versuchte sie zu kriminalisieren, indem er behauptete, Andrea wäre an dem Anschlag der RAF auf den Knastneubau in Weiterstadt beteiligt gewesen. Die RAF hat das dementiert. Auch Andrea hatte geschrieben, daß sie mit Weiterstatt nichts zu tun hatte. Während Andrea ersteinmal die Situation in sicherer Entfernung neu bewerten wollte und sich deshalb absetzte, wurde ein neues Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet, diesmal wegen des angeblichen Neuaufbaus einer terroristischen Gruppe nach dem Vorbild der RAF. Diese ganzen Konstrukte zeigen die eindimensionale Denkweise des Staatsschutzes. Andrea hatte sich dem kurdischen Befreiungskampf angeschlossen, um ihrer Verbundenheit mit den Kämpfen für Frauenbefreiung und eine gerechte Welt Ausdruck zu verleihen. Ihr Ziel war es immer, zurückzukommen und auch hier am Aufbau einer revolutionären Perspektive mitzuwirken.

Andrea ist am 22.10. mit anderen Freundinnen und Freunden bei einem Gefecht in der Provinz Catak lebend in die Hände des Feindes geraten. Die Soldaten der türkischen Armee verhörten sie und die anderen FreundInnen. Sie machten keine Aussagen. Daraufhin wurden sie kaltblütig erschossen. Dafür gibt es ZeugInnen. Einige GenossInnen hatten sich in der Nähe in einer Höhle versteckt. Sie hörten, daß die Soldaten, als sie feststellten, daß Andrea eine Deutsche ist, sagten „Sie wird uns genausoviel Ärger machen wie Kani". Kani ist eine deutsche Genossin, die im türkisch besetzten Teil Kurdistans wegen PKK-Mitgliedschaft zu 15 Jahren Knast verurteilt wurde. Kani hat mit ihrer unbeugsamen Haltung große Sympathie in der kurdischen Bevölkerung gewonnen.

Daraufhin wurde Andrea erschossen. Ihre Leiche ließen die Soldaten liegen. Drei Tage später kehrten die FreudInnen zurück an den Ort des Gefechtes und begruben die Leichen der Genossinnen. Andreas Tasche mit ihren persönlichen Sachen, Aufzeichnungen etc., haben die Soldaten mitgenommen. Die Leiche eines Einheitskommandanten war grausam verstümmelt, der Kopf war abgeschnitten. Die Ermordung, Folter, Vergewaltigung und Verstümmelung von Guerillakämpferinnen in Gefangenschaft sind keine Einzelfälle. Man versucht, sie zu Aussagen, zum Verrat zu zwingen; wenn sie sich weigern, werden die grausamsten Methoden angewandt. Es gibt Photos von verstümmelten Leichen, die zu schrecklich sind, um sie zu veröffentlichen. Die türkische Republik hält sich nicht an die Genfer Konventionen zur Behandlung von Kriegsgefangenen, ja sie bestreitet sogar,gegen das kurdische Volk überhaupt einen Krieg zu führen.

Wir fordern, daß die Umstände der Ermordung von Andrea und den anderen GenossInnen restlos aufgeklärt werden. Die persönlichen Sachen von Andrea, die in den Händen der türkischen Armee sind, sollen an ihre Angehörigen und FreundInnen übergeben werden. Wir fordern, daß die Bundesregierung jede Unterstützung für das menschenverachtende türkische Regime einstellt. Alle revolutionären und demokratischen Kräfte rufen wir auf, in dieser Hinsicht Druck auf die Bundesregierung auszuüben.



Entschädigungen für ZwangsarbeiterInnen erkämpfen !- SchreibtischtäterInnen und RassistInnen belästigen!- FaschistInnen angreifen!

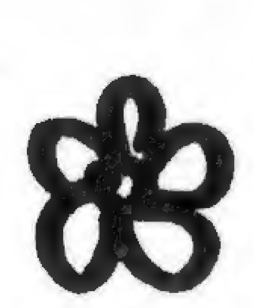
Heraus zum antifaschistischen und antirassistischen Stadtrundgang am 7. November in Wuppertal 14.00 Uhr Schwebebahnhof Döppersberg ☆



Wir rufen euch auf, auch dieses Jahr zum Stadtrundgang nach Wuppertal zu kommen. Auf den Spuren eines rassistischen Wuppertaler Polizeipräidenten, vor den Privathäusern der Schreibtischtäter vom Ausländeramt, vor den Fenstern von ausgewiesenen Nazi-Kadern und bei der Wuppertaler Bonzen-Pressenacht werden wir ein buntes Programm gestalten. Unser politischer Beitrag zum 60. Jahrestag der sogenannten Reichsprogromnacht von 1938 wird die öffentliche Thematisierung der Zwangsarbeit in Wuppertal, des staatliche Rassismus und des Neofaschismus in Wuppertal sein. "Die Vernunft begibt sich auf die Straße! (Johannes Agnoli)

"Traurig, aber war: der Polizeipräsident ist ein Rassist

Startschuß des Stadtrundgangs ist die Schwebebahnstation Döppersberg. Dort ist die Polizeiwache untergebracht, die sich schwerpunktmäßig mit der Verfolgung von Drogendelikten "beschäftigt" Die teilweise namentlich bekannten Beamten mißhandeln vor allem ausländische Menschen und Drogenkranke, und setzen so die Richtlinien der rotgrünen Steuerungsgruppe "Saubere Innenstadt" mit Polizeigewalt durch. Höhepunkt der Kampagne war der in der WZ vom 15.10.98 veröffentlichte Aufruf des Polizeipräsidenten Klaus Köhler zur Menschen-Hatz auf schwarze Menschen in der Elberfelder Innenstadt. *"90-95% der Farbigen, die durch die Elberfelder Innenstadt ziehen, sind nach unseren feststellungen Dealer. Dies sei kein Rassismus, sondern traurige Realität"* Ein paar Tage später "präzisierte" er: *"Die Leute um die es geht, kann man deutlich erkennen: Sie lungern dort herum, tragen die neuste Sportmode, Baseballkappen und sind mit Handys ausgerüstet. Diese Schwarzafrikaner, die aus den Asylbewerberheimen des Umlandes kämen, überschwemmten seit einiger Zeit Elberfeld"* Diese Sätze aus berufenem Polizeipräsidenten-Mund sind nichts anderes als polizeiliche Volksverhetzung. Schwarze werden zu Freiwild erklärt, die Elberfelder Innenstadt wird zum "no-go-area" Gebiet für Schwarze erklärt. Schwarze haben dort nicht mehr zu suchen.



Diese ungeheuerliche rassistische Stigmatisierung der schwarzen Menschen werden wir nicht widerstandslos hinnehmen Deswegen werden wir unseren Widerstand an geeigneter Stelle im Stadtgebiet thematisieren.

Geld her! Entschädigungen für ZwangsarbeiterInnen jetzt!

Über 30.000 Zivilarbeiter und Kriegsgefangene wurden in den Jahren 1941-1945 in Wuppertal bei über 130 Firmen zur Sklavenarbeit gezwungen. Damit haben fast alle damaligen Wuppertaler Firmen an der Arbeitskraft der verschleppten Frauen und Männer kräftig mitverdient. Einzelne Wuppertaler Firmen wie die IG-Farben und Siemens "leisteten" sich sogar Zwangsarbeitslager in Polen oder in der Nähe von Konzentrationslagern, wo die "Vernichtung durch Arbeit" noch bessere Profitraten versprach. Der Arbeitseinsatz der Arbeitssklaven fand in aller Öffentlichkeit statt. Die deutsche Bevölkerung konnte täglich die Kolonnen halbverhungerter ZwangsarbeiterInnen sehen, die durch die Straßen der Städte in die Fabriken marschierten. Die "Fremdarbeiter" gehörten zum Kriegsalltag wie Lebensmittelkarten und Luftschutzbunker, nur das die Arbeitssklaven weder bei Luftangriffen die Bunker aufsuchen durften noch menschenwürdig verpflegt wurden.

Die meisten der Wuppertaler Arbeitssklaven sind nie entschädigt worden. Altbekannte Wuppertaler Firmen von Bayer (IG Farben), Delphi (Reinshagen) Herberts, Kugelfischer (Jaeger) über Kremendahl (so heißt doch unser Oberbürgermeister), bis Vonzumhoff haben sich bereichert und sind nie zu einer Entschädigung herangezogen, geschweige denn zur politischen Verantwortung gezogen worden.

Wir wollen deswegen den 9. November als Tag der Erinnerung nutzen, und von den betroffenen Firmen in Wuppertal wissen, wann sie gedenken Entschädigungszahlungen an die vor allem osteuropäischen ZwangsarbeiterInnen zu zahlen.

Wir werden uns nach Kräften bemühen, überlebende ZwangsarbeiterInnen ausfindig zu machen, um ausgewählte Wuppertaler Unternehmen mit Entschädigungsklagen zu konfrontieren, die sie möglicherweise nicht mehr aus der Portokasse bezahlen können und die ihnen hoffentliche "gewisse Image- Probleme" im Ausland bereiten könnten. Und der Stadtrundgang könnte der Startschuß für eine gezielte Kampagne gegen die Wuppertaler Firmen sein, die sich standhaft verweigern sollten. Wir finden es beschämend, daß die ZwangsarbeiterInen vor allem aus dem ehemaligen Ostblock in elenden Verhältnissen ihren Lebensabend fristen müssen und bisher nur vollkommen ungenügend entschädigt worden sind. Die Verbände der ZwangsarbeiterInnen fordern deswegen eine angemessene Entschädigung, sie fordern lebenswürdige Verhältnisse für alle Überlebende des Holocaust und der

Zwangsarbeitslager! Sie fordern eine angemesene Rentenzahlung und ausreichende Krankenversorgung für die noch lebenden ZwangsarbeiterInnen.
Wir fordern darüberhinaus für Wuppertal von den Firmen finanzierte Besuchsprogramme und Einladungen für die ZwangsarbeiterInnen der Wuppertaler Firmen., wir fordern die Öffnung der Betriebsarchive und Personalunterlagen in Betrieben und Archiven, um unabhängigen HistorikerInnen Einsicht zu ermöglichen. Und wir fordern von denjenigen Wuppertaler Firmen , die von der Arisierung und von jüdischer Zwangsarbeit profitiert haben, die Finanzierung des Neubaus der Synagoge in Wuppertal.
Wir werden die Herren der Stadt mit ihren GattInnen an ihrem Presseball in der Stadthalle mit unseren Forderungen nach Entschädigungszahlungen konfrontieren. Mit einem Infostand im Eingangsbereich der Stadthalle werden wir den "Unternehmern", PolitikerInnen und Reichen dieser Stadt imWege stehen. Wir werden es uns nicht nehmen lassen, die Herren von Bayer, Herberts und Siemens persönlich und sehr konkret zu begrüßen. Deswegen wollen wir uns ab ca. 19.30 Uhr vor der Stadthalle versammeln, um den Reichen der Stadt, die Stimmung zu versauen.

Schreibtischtäter haben Namen und Adressen!

Die Schreibtischtäter in der Regierung sind sehr flexibel: Wenn es außenpolitisch in den Kram passt, wird die traurige Lage der Flüchtlinge im Kosovo ausgeschlachtet, während der BGS zur gleichen Zeit Kosovo-AlbanerInnen durch Verfolgungjagden an der Ostgrenze in den Tod hetzt und die Überlebenden nach Tschechien abschiebt. Auch die Abschiebemaschinerie in Büren und Neuss läuft wie geschmiert per Charterflugzeug in die Krisen- und Hungerregionen der Welt.
Es wird sich nichts verändern. Auch rotgrüne Abschiebungen, rotgrüne BGS-Menschenjäger und rotgrüne Abschiebeknäste werden wir bekämpfen. Deshalb wollen wir auch dieses Jahr die Beschäftigten des Ausländeramtes in Wuppertal mit den Folgen ihrer Schreibtischtäter-Tätigkeit konfrontieren. Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, das beim Wuppertaler Ausländeramt kaum einer einer mehr arbeiten will. So zumindest die Westdeutsche Zeitung in einem Artikel. Diese "Arbeitsmüdigkeit" gilt es zu verstärken. Mit einem Besuch bei ausgewählten Schreibtischtätern wollen wir deutlichmachen, daß die Abschiebung und die Beihilfe zur Abschiebung in Folter , Hunger und Tod kein Kavalierrsdelikt, sondern menschenverachtend ist. Erst kürzlich kam es in zwei Wuppertaler Schulen zu öffentlichen Auftritten von Menschenjägern des Ausländeramtes. Zwei bosnische Kinder wurden aus der Klasse zur Verschiebung in eine Massenunterkunft nach Duisburg "abgeholt". Nur durch den massiven Protest von LehrerInnen, Eltern und MitschülerInnen konnte dieser "Verwaltungsakt" wieder rückgängig gemacht werden. Diesen Teil des Stadtrundganges widmen wir deswegen einem dieser Herren.
Als vor vor 46 Jahren am Steinbecker Bahnhof ein Transport mit 202 Wuppertaler JüdInnen in das Ghetto nach Lodz abging, wurde von der Wuppertaler Bevölkerung nicht wegeschaut, sondern zugeschaut. Menschenschicksale wurden in bürokratische Vorgänge zerlegt. Gemordet wurde weit weg im Osten. Im demokratisch geläuterten Deutschland geht natürlich nicht um industriemäßigen Massenmord. Nach den ungeheuerlichen Verbrechen der Deutschen, nach der Ungeheuerlichkeit und Singularität von Auschwitz sollten wir mit Vergleichen vorsichtig sein. Aber die Geschichte des Holocaust begann im zivilisierten Deutschland mit rassistischen Sondergesetzen, Pogromen und bürokratisch gutorganisierten Deportationen in "sichere Drittstaaten". Jüdische SchülerInnen wurden gerne von der Gestapo aus ihren Klassen abgeholt. Und auch die Deportationen von gestern nach Lodz, Theresienstadt und Auschwitz wurden den Verschleppten von den deutschen Behörden in Rechnung gestellt. Nicht mal der Tod war umsonst!



Kein Vergeben Kein Vergessen!
Zurück auf die Straße!

Kommt auch zum Spatenstich für die neue Synagoge am 9. November um 16.00 Uhr nach Wuppertal Barmen, anschließend antifaschistische Demonstration zum 9. November: Beginn 17.30.in Wuppertal Barmen



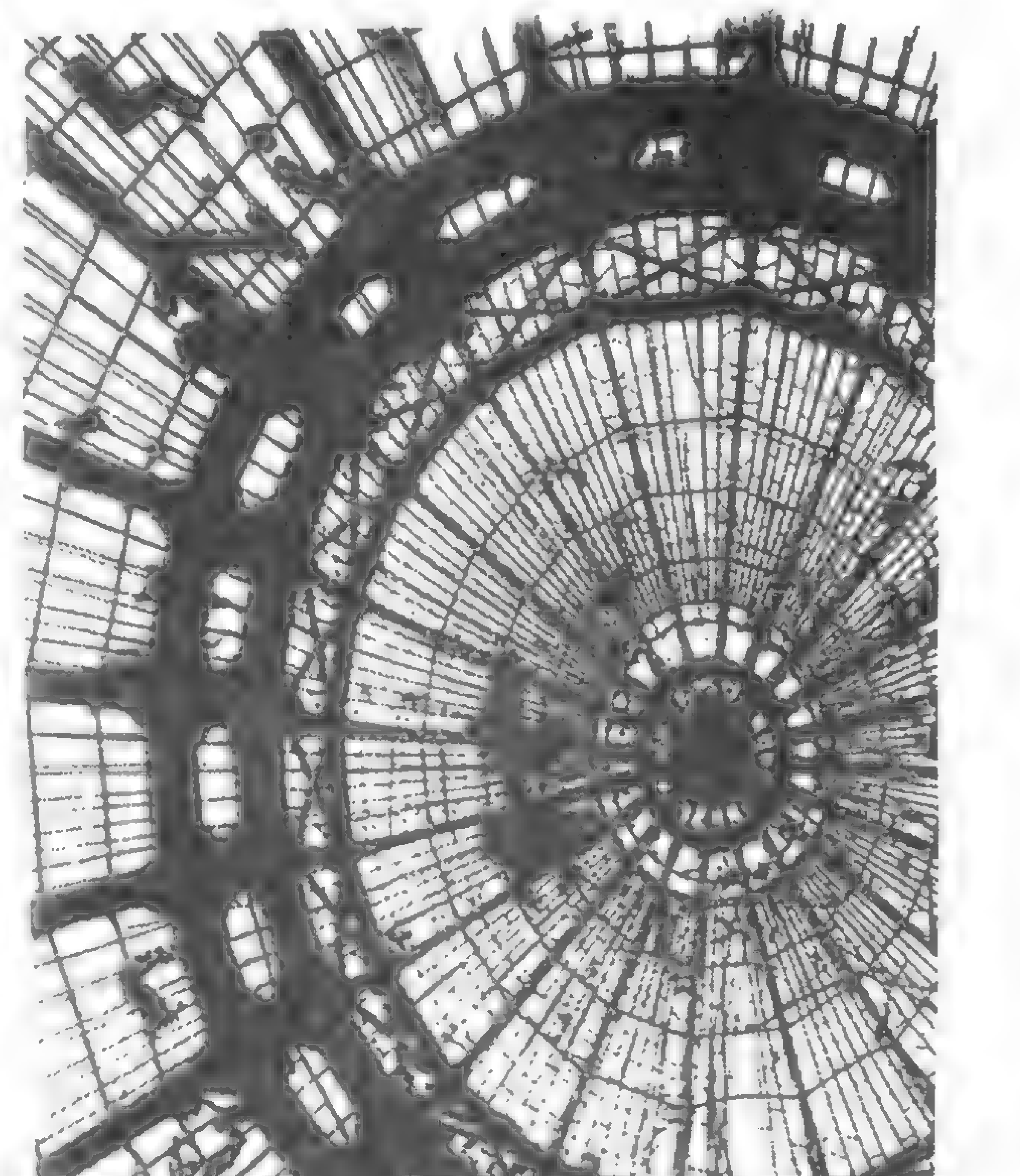
Autonome AntifaschistInnen aus Wuppertal



Achtung -
Nazis versuchen in linken und revolutionären Gewässern zu fischen !

Es ist uns nicht neu, daß organisierte Neonazis ab und an versuchen, in der linken und revolutionären Szene Bündnispartner für ihren nationalen Feldzug gegen den Imperialismus zu finden. Nach dem Motto "Die Grenze verläuft nicht zwischen Links und Rechts sondern zwischen Oben und Unten" signalisieren sie Dialogbereitschaft. Es werden Kontakte gesucht und z.T. leider auch gefunden. Die Liste der Beispiele dafür ist schon einigermaßen lang:

- Bereits 1983 anläßlich eines Fußball-Länderspiels Deutschland-Türkei bot der damals führende Neonazi Kühnen auf einer Pressekonferenz den Autonomen in Berlin einen „Waffenstillstand" an. Es waren anti-türkische Demonstrationen der Hooligans geplant. Die Jungs wollten allerdings auf einen Besuch in Kreuzberg verzichten. Der gemeinsame Hauptfeind säße mit der proamerikanischen Bundesregierung in Bonn. Man müsse demnach gemeinsam für eine antiimperialistische Front eintreten.



- Wiederholt wurde die RAF aus der rechten Ecke für ihren antiimperialistischen Kampf gelobt, immer wieder auch im Hinblick auf die „gemeinsamen" Feinde in Amerika und Israel.

- 1991 hat es Gespräche zwischen einer Gruppe um die damalige Dresdener PDS-Funktionärin Christine Ostrowski mit führenden Dresdener Neonazis gegeben.

- Funktionäre der rechtsradikalen „Sozialrevolutionären Arbeiterfront" versuchten wiederholt auf PDS-Veranstaltungen mitzudiskutieren.

- Seit 1995 arbeitete der (EX-) KPD-Vorsitzende Michael Koth mit dem „Verlag der Freunde" zusammen.

- Anläßlich des Todes von Wolfgang Grams in Bad Kleinen konstatierte die „Aktion" (Rundbrief der Direkten Aktion Mitteldeutschland der SrA) im Juli 1993:
  „Das Grams auf der falschen Seite stand, würden wir eher als Zufall bezeichnen... Weiter müssen wir feststellen, daß wir uns genetisch und biologisch in keinster Weise von den Linken unterscheiden - wohl aber können wir Unterschiede zwischen uns und den HERREN DIESES Systems ausmachen. Das bedeutet für uns zweifelsfrei: Der Feind ist nicht im eigenen Volk zu suchen... Wir sind bereit, mit dem 'Teufel' ein Bündnis einzugehen, wenn es der nationalen Bündnisbewegung unseres Volkes nützt."

- Aus Halle/Saale wurde im selben Jahr vermeldet: „Da wir in unserem Stützpunkt drei ehemalige Linksautonome integriert haben, wissen wir, daß das geht:'Gemeinsam kämpfen.' ".

Was ist passiert?

Wie wir der Liste der antifaschistischen „Organisationen gegen Deutschland" im Thule-Netz des Internet entnehmen konnten, in dem wir aufmerksamerweise aufgeführt sind, wissen die Faschos ganz genau, was wir von ihnen halten.

Das hat sie nicht gehindert, in ihrem Sudelblatt „Sleipnir" aus dem Berliner „Verlag der Freunde" einen zuvor bei uns erschienenen Artikel abzudrucken. Es handelt sich um den Text „Auschwitz oder das große Alibi", der 1961 zum ersten Mal durch die italienische linkskommunistische Gruppe „Programma Communista" veröffentlicht worden ist.

Diese Gruppe zeichnete sich wie alle sog. linkskommunistischen Gruppen vor dem offiziellen, d.h. Moskautreuen Kommunismus durch ihren konsequenten proletarischen Internationalismus aus. Im Anschluß an die Antikriegspolitik Lenins, Rosa Luxemburgs und des besten Teils der ArbeiterInnenbewegung vertraten die Linkskommunisten die Position, daß es für das Proletariat in inner-imperialistischen Kriegen keine Seite zu wählen, kein Vaterland zu verteidigen gibt. Sie waren der Ansicht, die Nation sei ein wesentliches Produkt des Kapitalismus und die Kriege unter kapitalistischen Nationalstaaten entstünden nicht aus dem Entschluß wildgewordener Politiker oder dem Haß der Völker aufeinander, sondern als Programm kapitalistischer Krisenbewältigung. Mit der Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz in Krisenzeiten, versuchen die Einzelkapitalien eines Landes und schließlich auch der Staat als ihr Vertreter und ideeller Gesamtkapitalist, ihre Marktposition zu halten - mit welchen Mitteln auch immer. Dazu gehört auch die verstärkte Repression nach innen und die Steigerung der Aggressivität nach außen.
Der Faschismus war daher für diese Gruppen nichts spezifisches, schon gar nichts spezifisch deutsches, sondern nur die mieseste Erscheinungsform des ganz normalen Kapitalismus.
Der Sieg der Antihitlerkoalition wurde folgerichtig nicht als Sieg der Vernunft gesehen, sondern als Sieg eines Zusammenschlusses von Konkurrenten gegen einen Mitkonkurrenten.
Wir stehen hinter dieser Position und zur Veröffentlichung dieses Textes in unserer Streitschrift gegen Ökonomie, Politik und Dressur Nr. 9 (1996).
Der Artikel beschäftigt sich mit der Mitverantwortung der demokratischen Länder an der

Vernichtung der Juden. Im Text wird der Holocaust eindeutig und in seinem vollen Umfang verurteilt - er beschränkt sich jedoch nicht darauf, ihn als die alleinige Folge einer perversen Idee darzustellen, die unter die Massen gelangt ist, sondern versucht, ihn in einen ökonomischen Kontext zu stellen.
Wir haben ihn absichtlich im Zusammenhang mit der Debatte um Daniel Goldhagens Buch "Hitlers willige Vollstrecker" veröffentlicht.
Er sollte helfen, herauszufinden, welche Aufgabe sich dem Antifaschismus wirklich stellt und so den Unterschied zwischen einem bürgerlichen und einem kommunistischen Antifaschismus deutlich machen.
Während der bürgerliche Antifaschismus mit seinen berechtigten moralischen Motiven, die schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Entwicklung zu bekämpfen sucht, ist es dem kommunistischen Antifaschismus darum zu tun, diesen Kapitalismus mit seinen Mechanismen von Konkurrenz, Krise und Krieg , dessen Wurzel die Warenproduktion auf der Basis der Lohnarbeit ist, völlig zu beseitigen. Wir behalten uns daher auch weiterhin das Recht vor, den bürgerlichen Antifaschismus zu kritisieren, weil er indirekt die bürgerliche Demokratie als die erträgliche Form, den Kapitalismus auszuhalten, verteidigt.

Obwohl der Text „Auschwitz oder das große Alibi" unzweideutig das Verbrechen der Judenvernichtung anprangert, versuchen die „Sleipnir"-Schmierer die Kritik an der demokratischen Komplizenschaft am Holocaust für ihre widerwärtige Verleumdung der Gaskammern zu nutzen. Wir stellen mit aller Klarheit fest, daß es zwischen den Positionen der Linkskommunisten und den Faschisten keinerlei Übereinstimmung gibt - Wir sind die ewigen Landesverräter während sie das immerbereite Füsilierkorps bilden.
Die Kritik an der Demokratie ist nicht die Befürwortung des Faschismus und umgekehrt kommt die Kritik des Faschismus nicht einer Befürwortung der Demokratie gleich. Im Gegenteil: Nur die Kritik beider als Herrschaftsformen des Kapitals ist eine radikale Kritik.

In einem Artikel von Reinhold Oberlercher in „Sleipnir" 4/98(S.14), der einen antikapitalistischen Kurs suggerieren soll, heißt es:

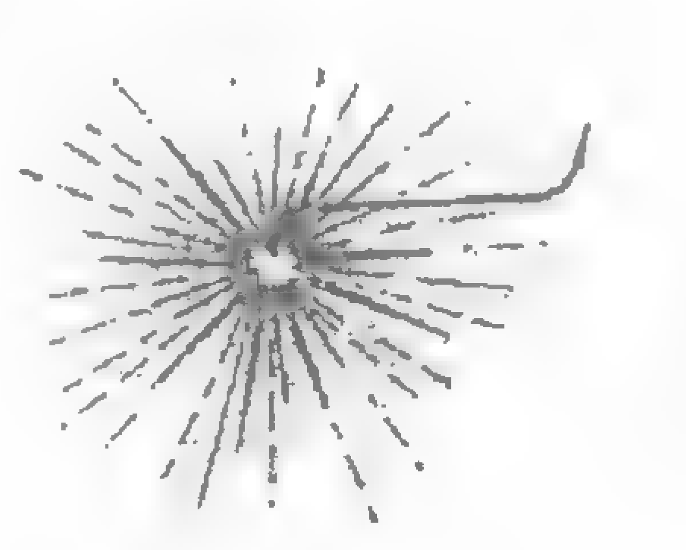
„Aber die Ware wird mit der überfälligen Unterordnung der Marktwirtschaft unter die Eigenwirtschaften der Völker ebensowenig verschwinden wie das Recht und Pflicht, wie Person, Politik und Freiheit. Die ehernen Gehäuse der großen Techno-und Bürokratien wie überhaupt die 'große Industrie' , sind heute schon technisch, organisatorisch und politisch obsolet. Den Hausindustrien , den teil-bis vollautomatisierten Miniaturfabriken der Kleinbauern und Kleinbürger, den Hausindustriekomplexen und –netzen der neu sich in Stand setzenden Familien-, Sippen-, Stammes- und Volksgemeinschaften wird die Zukunft gehören. Die materielle Produktion als das Reich der Notwendigkeit darf nicht aufhören, auch dann nicht, wenn sie absolut unprofitabel geworden ist, aber das Reich der Freiheit wird wachsen."

Mit solchen Statements können sie vielleicht bei irgendwelchen alternativen Romantikern einen gewissen Eindruck machen (alternative Kleinbetriebe, Wirtschaft in der Wirtschaft etc.) - nicht aber bei revolutionären MarxistInnen und AnarchistInnen, die den Kapitalismus endgültig überwinden wollen. Jeder/Jedem, die/der unsere Veranstaltungen besucht und unsere Publikationen bislang gelesen hat, ist klar, daß unser Kommunismus ein Kommunismus aus Anarchie und Luxus ist. Da wir in dieser Frage konsequent sind, verbietet sich für uns jede Form des Nationalbolschewismus. Auf unseren Veranstaltungen haben wir immer wieder den proletarischen Internationalismus gegen jede Form des Nationalbolschewismus in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung verteidigt. Ob es sich dabei um Radeks Schlageter-Rede in den 20er Jahren oder um die Wiederauflage des sog. Scheringer-Kurses durch einen Teil der Kommunistischen Plattform der PDS in Mecklenburg-Vorpommern 1992/93 (für die „Offenhaltung der nationalen Frage") handelte. Wir sind für solchen Schrott nicht zu haben!

Es kann auch für die „Sleipnir"-Hetzer kein Zweifel daran bestehen, daß ihre Positionen den unseren ziemlich genau entgegengesetzt sind. Ihre Tiraden sind in übelster Weise nationalistisch, völkisch, etatistisch und zentralistisch:

„Leider ist der Hinweis nötig, daß das Grundgesetz mit 'Volk' das deutsche und nur das deutsche Volk meint. In dem in Art.56 GG nachzulesenden Amtseid garantieren überraschenderweise Bundespräsident, -kanzler und –minister gar, daß sie ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden ' werden. Weder ist in dieser frappanten Verpflichtung von Nutz und Frommen der Mitbürger aus Kanackstan, Bimbonesien und der Tschuschei die Rede, noch werden darin die Leitartikel vorderasiatischer Tageszeitungen erwähnt. In einer Anthologie bundesdeutscher politischer Witze stünde diesem Amtseid wahrlich ein Ehrenplatz zu."
(Peter Faethe,Sleipnir 4/98, S.3 Fn.22)

Da uns keine regionalen Besonderheiten, kulturelle Identitäten oder nationale Befreiungsbewegungen heilig sind, sind wir auch hier kompromißlos und treten seit Jahren offen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die bedingungslose Einwanderung der Menschen aus aller Welt ein:
Kommt her, bereichert Euch und macht mit Euren auf diese Weise gesteigerten Bedürfnissen einen weltweiten Kommunismus auf der Basis der Rätedemokratie und ohne Staat! Alles für alle, sofort und umsonst!
Es mag eine Reihe von Auffassungen über den besten Weg im antifaschistischen Kampf geben, wir lassen es jedoch nicht zu, daß Nazis aus solchen Differenzen politisches Kapital schlagen.
Wir hoffen auf Eure Solidarität, wenn wir ihnen das gelegentlich etwas rabiater aber ein für allemal verständlich machen.



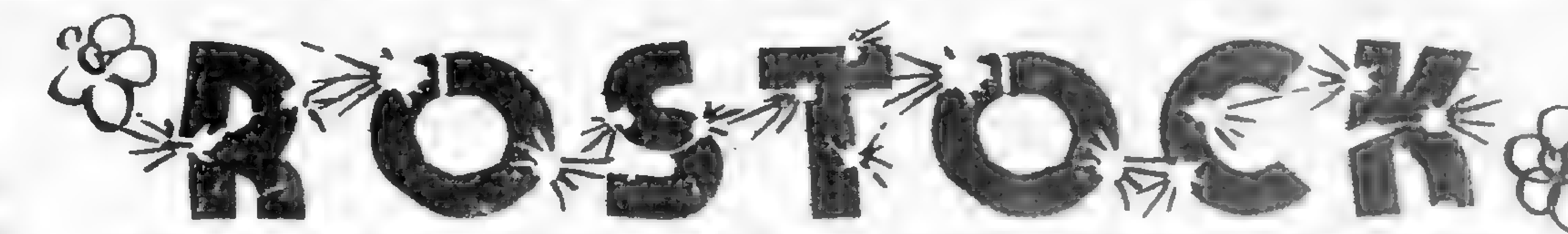
Für die Redaktion des Revolutionären Funken
Larissa Schwarzschildt,
Raasan Samuel Loewe,
Heike Baur

sowie die SympathisantInnen des Zirkels und solidarische GenossInnen

Berlin, den 12. Oktober 1998

Postadresse:
PLK 002363 B
10623 Berlin

Internet:
http://www.partisan.net/revfunke



Antifaschismus in der Sackgasse

19.09.1998: die NPD plant eine Wahlkrampfabschlußkundgebung in Rostock-Lichtenhagen. Als besondere Pro-vokation soll sie mit dem Naziterroristen Manfred Roeder vor genau dem Heim stattfinden, das Faschisten 1992 in Zusammenarbeit mit der Polizei tagelang belagerten und und am Ende ansteckten.

Seit längerer Zeit schon kann mensch dazu eine taktische Schwäche der Linken ausmachen. Bei solch einem Szenario hast du nur eine Chance, mit unauffälligem Aussehen durchzuschlüpfen, um an die Faschos heranzu-kommen. Es empfiehlt sich daher, an diesen Tagen mal das sogenannte szenetypische Schwarz zuhausezulassen und vielleicht auch mal seinen Zottelbart und seine Hippiehaare abzusensen. Ansonsten muß mensch sich nicht wundern, wenn er von den Bullen schon



von weitem geortet wird. Das Durchkommen ist dann natürlich nur in mehreren Kleingruppen möglich, was natürlich schon einen gewissen Organisierungsgrad verlangt. Denn man muß ja auch von einer größeren Konzentration von Faschisten auf engem Raum ausgehen. Wir wissen von ein paar Gruppen, die in Rostock waren, daß sie regelrecht aufatmeten, nicht direkt mit den Faschos konfrontiert worden zu sein und selbst bei gelungenem Durchkommen doch schnell wieder die Beine in die Hand nahmen, da sie einfach zu wenige waren. Desweiteren beobachteten sie, daß die Zahlen für das Rostocker Bündnis von den Medien maßlos übertrieben (es waren auf keinen Fall 10-15000) und die der Faschos eher untertrieben wurden (eher 4-5000).

Sofort Riesenempörung, breite Bündnisse formieren sich dagegen- selbst der Rostocker Ober-bürgermeister wird Teil des Rostocker Bündnisses gegen Rechts "Lieber bunt als braun"...

Es geht die übliche juristische Farce ab. Aufgrund ähnlicher vorheriger großangelegter Faschoveranstaltungen wie am 1.Mai 1998 in Leipzig oder Saalfeld etc. war das Resultat vorhersehbar: Antifas "dürfen" irgendwo latschen, weit entfernt von den Faschisten, die quasi militärisch geplant einen günstig gelegenen Stadtteil zugeteilt bekommen (an einer Autobahnabfahrt gelegen mit nur 1-2 Zufahrtsstraßen- also leicht zu kontrollieren), ge-schützt von mehreren tausend Bullen, die faktisch ein No-Go-Area für Antifas schaffen und den Faschisten ihren Aufmarsch garantieren.

Antifas latschen irgendwo rum und dürfen "Nazis raus" brüllen, Vertreter des Antifa-Bündnisses verkünden: alles sei zum Glück ruhig geblieben. So auch der Tenor der Rostocker Einsatzleitung, die sich jedoch selbstver-ständlich über ein paar hundert Chaoten mokiert, die versucht hätten, sich zu den Faschos durchzuschlagen. Dazu völlig verstörte AnwohnerInnen aus dem staatlich abgesicherten Faschoaufmarschgebiet, die es als eine Schande empfinden, was sich vor ihren Häusern abspielt.

All das ist natürlich frustrierend und stärkt uns nicht gerade. Es war klar, daß an diesem Tage unter diesen Be-dingungen ein Durchkommen nicht zu realisieren war. Staatdessen ein Gelatsche, weit weg von den Faschos und Bullenscheiße...

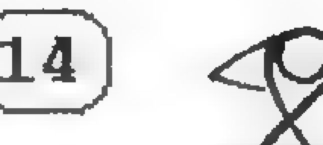
Wir meinen, daß es für militante AntifaschistInnen effektiver gewesen wäre, sich vorher zu überlegen, wie mensch es schaffen kann, daß Faschisten erst gar nicht nach Rostock hätten kommen können. Peinlich natürlich, daß der Abfahrtsort der Antifa in Berlin nahe beim Faschotreffpunkt lag...

Anzeige

Schwarzarbeit im Umzugsgewerbe
Ich suche Hinweise auf Schwarzarbeit, Schein-selbständige und Umzüge ohne Rechnung.
Klaus E. H. Zapf
Köpenicker Str. 14, 10997 Berlin
Tel. 61 06 24 30 - 0171-33 888 88

KAMPF DEM KAPITALISMUS

Diese „Anzeige" aus der Berliner Zeitung vom 7.11.98 richtet sich gegen eine freie und selbst-bestimmte Lebensform, die für viele von uns die einzige finanzielle Grundlage ist. Solches Denunziantentum können und wollen wir nicht hinnehmen. Klaus E.H. Zapf ist Eigentümer der




Schlimmer ist jedoch der gravierende politische Fehler, der von bestimmenden BRD-Antifas bei der Bekäm-pfung des Faschismus begangen wird. So wird z.B. in Kotzstock das dortige klassenübergreifende "Bündnis ge-gen Rechts" mit dem Rostocker OB an der Spitze tatsächlich für unterstützenswert gehalten! Da sind so illustre Kreise versammelt wie die SPD, die Grünen oder die PDS, die allesamt schon vor oder seit dem Pogrom in Ro-stock 1992 bewiesen haben, daß sie nix gegen den Faschismus in ihrem Ort zu tun bereit sind. Erst wenn es bil-lig ist wie eine Woche nach dem Brand oder dann, wenn ihnen wegen schlechter Presse im Ausland der Arsch auf Grundeis geht. Sie tun nix gegen ein Klima in ihrer Stadt, wo noch heute VietnamesInnen ihre Imbißbude eingeschmissen kriegen, nur weil sie den lächerlich harmlosen Aufkleber "Lieber bunt als braun" anbringen...

Sich auf solch ein Bündnis einzulassen heißt, den Status Quo zu unterstützen, das also alles bleibt so wie es ist! Antifas lassen sich mit den politischen Kräften ein, die diese Faschisten erst haben gewähren lassen, die in der Tradition stehen, statt gegen Rechts eher gegen Links vorzugehen. Es bedeutet, daß mit den eigenen Unter-drückern paktiert wird. Gleichzeitig werden bei dieser in Antifakreisen weit verbreiteten Analyse genau diejeni-gen, die kein Bock mehr auf das System und die Scheiße haben, die sie tagtäglich erfahren müssen, die für die Herrschenden der letzte Dreck sind, in die Arme der Faschisten getrieben. Denn sie sehen, daß Linke doch wieder mit tragenden, stabilisierenden Elementen des Systems paktieren.

Letztlich werden die Faschisten auch politisch nicht ernst genug genommen. Dadurch, und weil ja z.B. die Exis-tenz einer "Klasse der ArbeiterInnen und anderer Unterdrückter" abgelehnt wird, überlassen Antifas ganze Stadtteile den Faschisten, die dort seelenruhig ihre nationalistische Antwort auf die Scheiße propagieren können.

Ein anderer Aspekt ist der, daß eine reine Anti-Nazi-Politik bedeutet, daß die Übernahme von Faschopositionen durch die Parteien bzw. deren teilweises faschistisches Gebaren und Handeln z.B. in einzelnen Landesregierungen ignoriert wird- dort sind Faschos im politischen Gesamtbild völlig unwichtig.

In Bayern ist dies z.B. der Fall. Dort sind modernere an der Regierung.... Oder in Berlin mit seinem General Schönblöd oder (Ex-) Innenminister Kanther oder oder. Nein, SPD-CDU/CSU-FDP-PDS-Grüne sind doch o.k. Es geht den Leuten, die keinen Bock mehr auf diesen Staat haben und über ihre wirtschaftliche und soziale Situ-ation immer mehr abkotzen, die hundertste neue Faschgruppierung von alten Säcken unter neuem Namen total am Arsch vorbei. Diese Leute sind fertig von der Schufterei, sie müssen schauen, ob ihr Geld reicht, die Arbeit noch sicher und die Miete noch bezahlbar ist...

Eine Antifa bzw. Linke, die sich weigert, dies aufzugreifen und umzusetzen in eine sozialrevolutionäre oder wie auch immer zu nennende Strategie, wird letztendlich nur das System stabilisieren. Wir müssen da sein, wo die Faschos gerade sind. Wir sollten uns in den Vierteln verankern, wo die meisten Unterdrückten leben, und die Inhalte ermitteln und in unsere Politik fließen lassen, die die Leute am stärksten bedrücken.

Praktisch kann das über Infocafes oder -läden gehen, über anbieten von Volksküchen, die aber mit dem Szene-ghetto brechen, das andere durch die eigene Arroganz ausschließt. Es bedeutet, daß diese Leute bereit sind, mit dem selbstzerstörerischen destruktiven Treiben weiter Teile der sogenannten "Radikalen Linken" in der BRD zu brechen. Es schließt ein, sich klarzumachen, daß die Linke in der BRD völlig am Ende ist. Dabei sollte mensch ja eigentlich annehmen, daß Zeiten wie diese (soziale & wirtschaftliche Krise) Chancen für die Radikale Linke bieten, mehr Leute zum Brechen mit dem System zu bewegen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß diese von Kräften ausgehen kann, die der Klasse der ArbeiterInnen und allen anderen Ausgebeuteten angehören, zu der wir die potentiell 30-40% Menschen am unteren Rand der Gesellschaft zählen. Wir begreifen uns als politisch bewußte ArbeiterInnen. Wir haben die Schnauze voll von mit-telklassedominierten studentischen flippigen Antifagruppen, die z.T. ganz offen oder letztendlich durch ihre Politik den Menschen, die ganz unten sind, nur Verachtung entgegenbringen; die Leute verlachen, die arbeiten gehen und letztlich kein Interesse an grundlegenden Veränderungen haben, sondern mit ihrer Politik eher zur Absicherung des politischen Status Quo beitragen. All jene, die wie wir denken und aufbrechen wollen zur Um-setzung derselben oder ähnlicher Ziele, müssen sich bewußt sein, daß sie dabei am schärfsten von sogenannten Linken angegriffen werden, die nämlich den Kleister und die schöne Ruhe und ihre Nische, den bzw. die wir um uns herum antreffen, decken und nicht aufbrechen. Für euch gilt es, sich nicht beirren zu lassen.

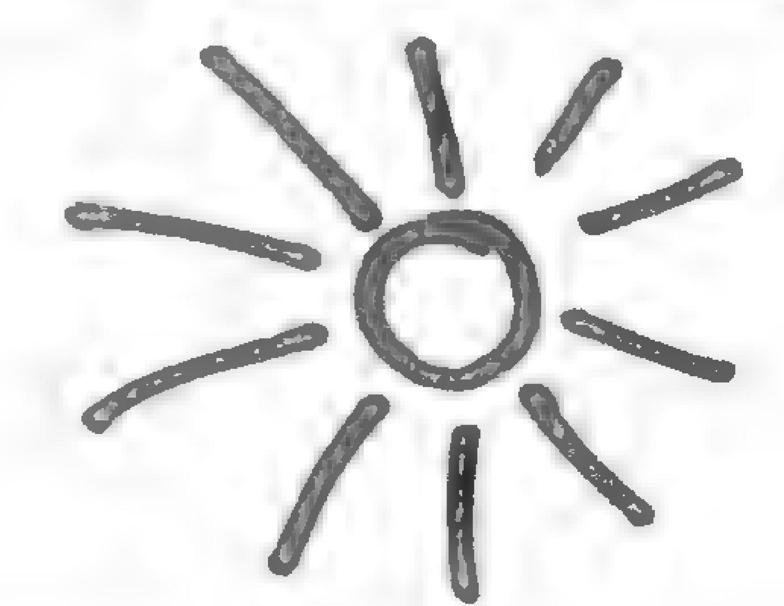
Alle politisch Bewußten sollten sich die Frage stellen: Gewinnen wir? Wenn nein, warum nicht? Warum ist unsere Strategie zahnlos und ineffektiv? Was heißt effektiver Antifaschismus und wie können wir ihn umsetzen?



Rote Brigaden Berlin, im Oktober 1998

Umzugsfirma Zapf-Umzüge,die in ganz Deutschland Filialen betreibt.InBerlin befindet sich der Stammsitz,in der Köpenicker Strasse 14 X-Berg. Seit kreatiev .Zeigt Klaus E.H.Zapf, der mal als Kollektiv die Umzugsfirma mit aufbaute,dass das Pendel kräftig zurück schwinkt.

BUMM!



tickende zeitbomben, triebe und die neue sicherheit

einleitung

Dieser Text kann als eine Antwort auf den mit „Brief" überschriebenen Text in *interim* Nr. 458[1] verstanden werden (ist schon etwas länger her...). Die zitierten Textabschnitte stammen – so nicht anders gekennzeichnet - aus diesem „Brief", denn er bietet sich durch seine Ausführlichkeit und seine noch eher moderaten Formulierungen an, die Politik- und Menschenbilder genauer zu betrachten, die in den Stellungnahmen zu sexueller Gewalt gegen Kinder von Teilen des Lesbisch-Schwulen-Queeren Bündnisses transportiert worden sind. Was ist der gemeinsame Ausgangspunkt? Bemerkenswerterweise werden sexuelle Handlungen von Erwachsenen mit/an Kindern[2] von den sich produzierenden KontrahentInnen in der Debatte *nicht* unterschiedlich bewertet. Es gibt hierüber einen Konsens, denn der politischen Position aus *Tuntentinte Nr. 13, Intimteil*, die auch von A. herangezogen wird, wird nicht widersprochen: Der „einvernehmliche, freudvolle Sex zwischen Erwachsenen und Kindern [ist] eben wirklich nur ‚denkbar' (...). Die Einvernehmlichkeit wie die Freude sind weder zu überprüfen noch zu garantieren. Dem Mißbrauch wird durch eine kritisch-akzeptierende Haltung einfach zu viel Platz eingeräumt. (Womit das Wort endlich an seinem Platz steht. (...) Mißbraucht wird (...) die Macht.)"

Wir sind also scheinbar einen kleinen Schritt weiter, insofern von allen an der Diskussion Beteiligten ein sexuelles Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen grundsätzlich als ein sexuelles Gewaltverhältnis verstanden wird.[3] Ich habe mit diesem Beitrag auch nicht vor, das „Undenkare" denkbar zu machen oder dem „nur" Denkbaren praktische Legitimation zu geben oder den Begriff der *sexuellen Gewalt* aufzuweichen. Nein, meine Kritik zielt vielmehr auf die Metaphorik, durch die A. als Person sowie die Art und Weise seiner Auseinandersetzung beschrieben und angegriffen werden.

innen und außen

„Denn ein Mann, der sagt, er deckelt sein ‚Begehren', von dem habe ich das Bild einer tickenden Zeitbombe. *Was gibt mir die Sicherheit*, daß der Deckel nicht einmal aufspringt, denn was gedeckelt wird, will auch mal raus (...)."[4] In der emotionsgeladenen *interim*-Auseinandersetzung ist etwas ganz anderes konfliktbesetzt als die Frage nach der Gewaltförmigkeit sexueller Handlungen von Erwachsenen mit/an Kindern: nämlich der *Prozeß der Verinnerlichung* dieses Standpunktes und die Frage nach der *Überprüfbarkeit* von außen („über den Mann gibt es dann doch keine Kontrolle mehr in Form einer Kritik") - egal in welcher Form: um Kontrolle geht es. Und um Sicherheit. Die Schreiberin des „Briefes" glaubt an einen Menschen[5], bei dem Auseinandersetzungen nicht nur geführt werden, sondern auch „ankommen". Bei diesem „Ankommen" geht es um mehr als eine intellektuelle Einsicht, es wird als Indikator für A.s Glaubwürdigkeit hochgespielt. Das Ankommen soll motiviert sein durch einen

---

[1] Vgl. *interim* Nr. 458, S. 22-25

[2] Diese nicht wirklich scharf trennbaren Kategorien (Kind/Erwachsener) einmal vorausgesetzt. Eine Diskussion dieser Begriffe sprengt den Rahmen des Textes.

[3] Das willkürlich anmutende ständige Hin- und Herwechseln zwischen den Begriffen der *sexualisierten* Gewalt und der *sexuellen* erleichtert die Diskussion nicht gerade; dazu: ich glaube nicht, daß *grundsätzlich* bei sexuellen Handlungen von Erwachsenen mit Kindern primäre Gewaltausübung sekundär sexualisiert worden ist (so könnte beispielsweise diskutiert werden, ob dies vielleicht bei bestimmten Formen von SM der Fall ist), sondern daß das als sexuell gedachte Verhältnis eben primär gewaltförmig ist. Diese Unterscheidung ist aber für das, worauf ich hinaus will, nicht wesentlich.

[4] Hervorhebung von mir

[5] An einen „politischen" Menschen, wie sie nicht müde wird zu wiederholen. Was das für die Schreiberin des „Briefes" heißt, ist mir nicht klar geworden.

„Leidensdruck" und dadurch gekennzeichnet und erkennbar, daß das „Begehren" nun nicht mehr weiter „gedeckelt", sondern statt dessen transformiert wird zu *irgendetwas*, das wiederum die Ursachen für das „Begehren" auflöst. Weg soll es also, das „Begehren", und zwar radikal. Für die Schreiberin des „Briefes" scheint klar zu sein, daß die Ursachen für das „Begehren" gesellschaftlich sind – leider bleibt sie uns eine nähere Erklärung schuldig, wir erfahren nicht einmal die Andeutung einer Idee dazu. Das ist schade, denn so wird die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den Ursachen sexueller Gewalt lediglich *delegiert*: nämlich einmal mehr ausschließlich an diejenigen Menschen, bei denen eine entsprechende Tat[6] - sexuelle Gewalt - öffentlich geworden ist. Eine konsequente *Ent*pathologisierung hiermit boykottiert. Auch wenn die Schreiberin des „Briefes" das Gegenteil behauptet, denn der moralische Appell richtet sich ausschließlich an den Täter; was wir hören, ist bestenfalls ein entrüsteter Schrei nach *Therapie*, nichts weiter. Die drei *LLL* [7] in der selben Ausgabe sagen es deutlicher: A. habe sich „klar und nachvollziehbar" (was immer das auch heißen soll) auseinanderzusetzen, und zwar mit „seinen Täterstrukturen" – aber eben nicht mit den gesellschaftlichen. Somit fallen die „Täterstrukturen" gänzlich ins Private; sie werden im Individuum situiert, dorthin abgeschoben. Die Strukturen gehören jetzt ihm, es sind *seine*. Die ganzen unbequemen Fragen jedoch, denen und die sich eine emanzipatorische Analyse der Gesellschaft stellen müßte, werden *nicht* gestellt.
Was macht in dieser Gesellschaft das Kindliche am Kind aus? - Wie wird Kindlichkeit und ihre Erotisierung gesellschaftlich hergestellt? – Wie wird die Grenze zwischen „Kindern" und „Erwachsenen" gesetzt? - Was für ein Bild von „Kindheit" haben wir überhaupt? - Was ist es eigentlich, dieses mysteriöse Begehren, das sich Objekte nehmen kann? Und unter welchen politischen Rahmenbedingungen kann Begehren als etwas gedacht werden, das Objekte braucht, an die es sich koppeln kann? Und nicht zuletzt: An welchen Schnittstellen ist jeder und jede von uns an einem Diskurs beteiligt, der Erwachsene zu Tätern und Kinder zu Opfern werden läßt?
Eine weitere spannende Frage hat die Schreiberin des „Briefes" wohl bereits für sich beantwortet - leider schweigt sie sich auch dazu aus: Die Frage nämlich nach dem Zusammenhang zwischen sexueller Phantasie und sexueller Handlung. [8] Im „Brief" verdichtet sich beides zu einer unergründlichen Einheit, was beispielsweise in dem Satz deutlich wird, A. habe „keinmal seinen sexuellen Kontakt oder das Begehren als sexuellen Mißbrauch benannt". Offenbar ist das Begehren bereits der Mißbrauch, nicht erst die Tat. Das Begehren selbst ist bereits „gewalt*tätig*"[9], so die Schreiberin des „Briefes".

was für ein begehren? - affirmation des triebes

„Denn ein Mann, der sagt, er deckelt sein ‚Begehren', *von dem habe ich das Bild einer tickenden Zeitbombe*. Was gibt mir die Sicherheit, daß der Deckel nicht einmal aufspringt, denn was gedeckelt wird, will auch mal raus (...)."[10] – Ich halte die Metapher von der Kiste mit dem Deckel auch für fragwürdig, aber das Bedrohungsszenario, das die Schreiberin in ihrem „Brief" entwirft, zielt exakt in die von ihr ausdrücklich verneinte Richtung.[11] Unterschwellig wird auf eine Triebenergie verwiesen, die nur darauf wartet, endlich wieder frei werden zu können. Eine tickende Zeitbombe, ein Vulkan kurz vor

---

[6] Im Fall von A. wurde in anderen Veröffentlichungen bereits aus der *einen* Tat eine ganze Täter*geschichte* gemacht. Die *Geschichte* wird dabei nicht einmal geschrieben, sondern nur postuliert (das allein ist unsinnig und verbleibt auf der Ebene billiger Polemik). Für politisch weiterführend halte ich eher die Geschichte und die Kritik sexueller Gewalt.
[7] Vgl. *interim* Nr. 458, S. 26

[8] Ein Analyse dieses Zusammenhangs findet bei Isabelle Azoulay: *Phantastische Abgründe*. Frankfurt a. M. 1996
[9] Hervorhebung von mir
[10] wieder meine Hervorhebung
[11] Bei den LLL findet sich die gleiche Metapher.

dem Ausbruch, der berstende Damm, der alles hielt.[12] Vernichtung. Das mechanistische Modell, das die Schreiberin des „Briefes" im Kopf hat, verweist auf das ausgehende 19. Jahrhundert. Es ist denkbar einfach: Aus Mangel an Lustbefriedigung entsteht ein Begehren. Bald füllt es den ganzen Menschen aus wie heißer Dampf einen Schnellkochtopf. Der Druck wird größer und größer. Topf und Mensch drohen zu bersten, der nackte Trieb wird freigesetzt. Nun kann das Unglück seinen Lauf nehmen... Überraschend aber bringt die Schreiberin des „Briefes" noch einen dritten Akteur ins Spiel: „Für viele aus dem Bündnis [tat sich] ein Abgrund auf." Wer soll davon verschlungen werden? Das Spannungsverhältnis besteht nicht nur zwischen A. und dem Bündnis, sondern zwischen den Körpern „vieler" aus dem Bündnis und dem so sicher geglaubten eigenen Territorium, das nun brüchig wird, sogar haltlos. „Nach den Äußerungen von A. ging dem Bündnis der Boden (...) verloren". Die Erde reißt auf. Die Bedrohung kommt von allen Seiten, jetzt auch von unten. Die Angst vor der Explosion wird dadurch verdoppelt, daß das halluzinierte Innere des Täters in das Innere des Bündnisses verlagert wird. Die Triebhaftigkeit des einen unter den Füßen aller. Die Bombe ist mitten unter uns. Diese Bilder sind tatsächlich bedrohlich. Es sind Vernichtungsszenarien. Es sind Phantasien. Würde die Schreiberin des „Briefes" konsequent in ihrer Bildersprache bleiben, dann müßte die tickende Zeitbombe entschärft werden. Was heißt das im Umgang mit dem Täter? Wie soll er - *entschärft* - werden? Die verblüffende Antwort lautet: Durch sich selbst! Die Teufelsaustreibung soll der von seinem Begehren Besessene selber vornehmen.

Die Auseinandersetzung des einzelnen Täters soll „klar und nachvollziehbar" dazu führen, daß alle, für die sich die oben genannten Abgründe aufgetan haben, von ihren eigenen Phantasien, von ihren eigenen Vernichtungsszenarien entbunden werden.

[12] Einige Analogien hierzu finden sich bei Theweleit, Klaus: *männerphantasien. Bd. 1 frauen, fluten, körper, geschichte.* Hamburg 1980, S. 245ff

Unglaublich, was hier von einem einzelnen erwartet wird. Hier liegt das Dilemma der Argumentation: Die von der Schreiberin des „Briefes" eingeforderte Sicherheit ist eben bestenfalls dort gegeben, wo sich der einzelne Täter auf der Handlungsebene bewegt, wo er sich *verhält.* Das heißt: Er stellt keine problematischen Situationen mit Kindern her und tut oder unterläßt eben genau das, was er bereits die letzten zwei Jahre auch getan oder unterlassen hat.[13] Hier und nur hier – nicht auf der Ebene von Phantasien – macht der Begriff der Kontrolle Sinn; für diese Kontrolle sind diejenigen Menschen aus A.s Umfeld gefragt, die ihn lange und gut genug kennen, um die Verantwortung zu übernehmen in dem Sinne, daß sie öffentlich sagen können: Dieser Mensch hat sein *Verhalten* geändert, aufgrund einer reproduzierbaren politischen Einsicht. Vielleicht wäre sogar ein persönliches Einstehen einzelner Menschen für den Täter wichtig – eine geteilte Verantwortung.

Der bannende Blick, der aus dem Kontext des LesbischSchwulen-Queerundanderebündnisses auf das Innere des Täters geworfen wird, täte besser daran, sich auf seine eigenen Vernichtungsszenarien zu richten, um nicht immer wieder den sexuellen Trieb, dieses biopsychomechanische Konstrukt, von neuem zu bestätigen, einzusetzen, im Individuum zu verankern und als berechenbare und zu kontrollierende Größe zu materialisieren. Mir ist völlig unklar, wie eine Gruppe von Menschen, die den Begriff „queer" im Namen führt, eine Politik des Begehrens betreiben kann, die darauf abzielt, sich die Kontrolleursrolle über im anderen verortete „Triebe" anzueignen.

[13] Soweit ich das überschauen kann. Hierin bestand jedoch bisher kein Dissens. Die zwei Jahre beziehen sich auf den von A. angegebenen (*interim* Nr. 458, S. 21) Zeitraum seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema. Zu den elf Jahren davor kann ich nichts sagen.

die lust an der macht...

„Denn ein Mann, der sagt, er deckelt sein ‚Begehren', von dem habe ich das Bild einer tickenden Zeitbombe. Was gibt mir die Sicherheit, daß der Deckel nicht einmal aufspringt, denn was gedeckelt wird, will auch mal raus (...)."

Ich möchte an dieser Stelle auf einen anderen Vorschlag aufmerksam machen, Begehren zu beschreiben - vielleicht nicht nur für die TriebtheoretikerInnen, sondern auch für A., der schließlich den „Deckel" als erster in den Mund genommen hat.

„Die Konzeptualisierung des Begehrens als Mangel, als Sehnsucht nach einem unmöglichen Objekt, ist die Bedingung, aufgrund derer, das Begehren als in einem Objekt eingekapselt konstruiert werden kann."[14] Das Begehren des sogenannten Pädophilen ist kein queeres, sondern ein zutiefst statisches. Die Statik des immer wieder gleich beantworteten „worauf-stehst-denn-du-so-sexuell" bietet keinerlei Bezugspunkte zur politischen Betrachtung eines Begehrens, das sich auf Bewegungen, zu durchquerende Bilder und zu durchquerende Körper richtet.

Deswegen birgt LesbischSchwulQueer auch eine traurige Komik, weil sich *queer* dem Versuch einer identitären Vereisung entzieht, hier steht es jedoch in einer Reihe mit identitären Zuschreibungen: als solche werden lesbisch oder schwul jedenfalls in der Regel und auch in der Linken gefaßt. Das *schräge* Begehren bewegt sich entlang der Linien, „die es zwischen und unter den Begriffen Sehnsucht, Fortgehen, Sein, Körper, Bilder, Bewegung gibt; oder noch kürzer: es zwingt mich, jeden strenggenommenen und stationären Ursprung aufzugeben."[15] Und das hieße eine immer wieder neue Beschreibung und Betrachtung und ein Nachfühlen dessen, wohin es mich gerade zieht. Welchen Raum ich den ziehenden Sehnsüchten gebe, die das Bild von meinem Körper mit den Bildern anderer Körper verbinden, ist dabei eine ganz andere Frage. Das könnte vielleicht ein politisches Kriterium sein oder werden: Wie sieht dieser Raum konkret aus, wie wird er von den einzelnen Menschen gestaltet? Innerhalb eines linken und queeren Kontextes halte ich eine Diskussionen über das Begehren für viel interessanter als die Berstebilder des Bündnisses bzw. der Schreiberin des „Briefes". Die von ihr/ihnen beschworenen Bilder werfen vielmehr ein Licht auf eine ganz andere Form der Lust, auf die Lust einer jeden Inquisition: die Lust am Geständnis. Die Lust am Geständnis ist eine Lust an der produktiven Macht des Diskurses. Etwas Hervorbringen: Die Bombe, ihr Ticken, den Damm und sein Bersten, die vernichtende Explosion und einen Schuldigen, der diese Phantasien personifiziert.

Pamela Plansch

[14] Elspeth Probyn: *Queer Belongings. Eine Politik des Aufbruchs.* In: Marie-Luise Angerer (Hrsg.): *The Body of Gender. Körper, Geschlecht, Identität.* Wien 1995, S. 62
[15] ebenda, S. 58

Zu den Unglücklichen

An die Interim.
Liebe Leute,
Es hat mich sehr gefreut, daß die Unglücklichen wegen meines Artikels nachgehakt haben, vor allen, daß sie sich mit ihm beschäftigt und kritisiert haben
Dazu war er gedacht.
Tatsächlich war ich vom Nichterscheinen in der besagten Nummer so enttäuscht, daß ich die interim, die ich nunmehr seit 7 Jahren regelmäßig lese, einige Monate lang beiseite gelegt habe.
So erfuhr ich dann auch über einen Freund, daß es doch noch eine Reaktion gab.
Es überrascht mich nicht, daß sie von gerade denjenigen kam, die sich die Mühe gemacht hatten, zu untersuchen, was denn an der linksradikalen Bewegung im Allgemeinen und der autonomen Bewegung im Besonderen nicht stimmen mochte, daß wir trotz den in den Metropolen immer offensichtlich werdender Unterdrückungsverhältnisse immer bedeutungsloser geworden sind.
Daß sie dann Grundlegendes kritisiert haben, wird ihnen anscheinend übel genommen, wobei ihnen in meinen Augen gerade die Veranstaltungsverbote in anderen linksradikalen (?) Räumlichkeiten in einer erschreckenden Weise recht geben.
Um es kurz zu machen:
Ich hatte den Artikel von Reich als Grundlage genommen, weil ich darin Gedanken fand, die mir in unserer Szene sehr fehlen.
Zu Willhelm Reich: Ich kann gar nicht sagen, ob ich mich auf Reich im Ganzen gesehen positiv beziehe, denn ich habe nur einige seiner Bücher gelesen. Außerdem ist es unstrittig, daß einige seiner Gedanken inzwischen weiterentwickelt worden sind und anderes auf keinen Fall so stehen bleiben kann. Allerdings, daß gebe ich zu, habe ich durchaus Sympathie für jemanden, der es in einem Leben geschafft hat, sowohl aus der stalinistisch/ kommunistischen Partei und aus der orthodoxen Psychoanalytikervereinigung zu fliegen und der dann für seine ohne Frage außergewöhlichen Gedanken in den USA (halb in den Wahnsinn getrieben) im Gefängnis starb.
Zu der Kritik der Unglücklichen und zu Behle: Tatsächlich denke ich, so sehr ich mir gerade mehr Militanz oder auch nur Interesse und Beteiligung am Klassenkampf wünsche, daß das Konzept von Fridolin einen entscheidenden Fehler hat: Es vertauscht Mittel und Zweck. Es ist gut, wenn die Menschen sich gegen die Reichen zur Wehr setzen, Angriffe auf sie verstehen, Klassenbewußtsein entwickeln. Militanz ist dabei ein Mittel, aber die Frage - und darüber handelt auch der erste Text - ist doch, wie können wir das tun. Nicht wie können wir das militant tun.
Ich möchte dazu einige weitere ketzerische Fragen stellen: Warum sind auf allen sozialen Demos immer nur äußerst wenige von uns und - dann noch selten erkennbar - vorhanden.
Wie können wir es uns leisten, das Feld den ganzen kommunistischen Gruppen zu überlassen?
Ist Flugblattverteilen an sich reformistisch, oder ist das Plakatieren, Straßentheater, Stadtteilarbeit ?
In unseren Gruppen wollen wir möglichst so leben, wie wir es in einer freien Gesellschaft vorstellen.
Das ist gut so, aber kommen die anderen 99 % der Menschen darin nicht auch vor.
Warum sind wir unfähig uns als normale Menschen zu verstehen als Teil der Massen.
Die Masse ist für mich der große Teil der Menschen, die nicht das Sagen haben.
Im Gewissen Sinn benutze ich den Begriff marxistisch, also als Bezeichnung für alle Menschen die direkt oder indirekt lohnabhängig sind. Selbstverständlich sind die Massen selber von Unterdrückungsverhältnissen durchzogen.
Massen können revolutionär handeln (zwei Beispiele: die schwarz - rote Ruhrarmee 1920, Spanien Sommer 1936). Genauso könne sie reaktionär ihren eigenen Unterdrückern zujubeln und sich von ihnen zur Unterwerfung anderer Menschen bringen lassen (Beispiele erspare ich uns).
Um etwaigen Mißverständnissen und Angriffen vorzubeugen, diese Position leugnet nicht das Patriarchat. Es nähert sich ihm nur aus ökonomischer Sicht.
Patriarchat ist kein Nebenwiderspruch, aber es hat immer eine ökonomische Dimension.
Diese muß gelöst werden, sonst ist auch essig mit Emanzipation, denn das die nicht im Kapitalismus gedacht werden kann, wird ja wohl niemand von uns bestreiten.
Ich denke nicht, daß die Menschen in Deutschland so wesentlich anders sind als in anderen Staaten.
Und ich denke auch nicht, daß in den Metropolen in absehbarer Zeit die Massen revolutionär sein werden.(O.K., es gibt nicht viel zu lachen, aber was soll's.)

Aber vielleicht ein Teil von Ihnen, dafür kämpfe ich. Mein Ziel ist die Revolution in der Gesellschaft, die Zerstörung von Machtverhältnissen

Manchmal denke ich, daß die Menschen gar nicht so blöd sind, wenn sie uns ablehnen
Was wollen ihnen auch hundert % korrekte Leute erzählen, die keinen Bezug zu ihrem Leben haben
Wer mit den armen Menschen (egal welcher Herkunft) lebt, muß sich die Hände schmutzig machen, muß viel streiten, ahnt die Gewalt gegen Kinder und Frauen in jeder zweiten Familie. Und trotzdem sind hier weitaus mehr Mensch geblieben, als im ordungsfanatischen Mittelstand, als unter den über Leichen gehenden Juppies, den Gewinnlern. Wer hier Bezug nimmt, muß von den großen Ansprüchen Abschied nehmen und findet sich wieder im Alltag, der nur hin und wieder und meist viel zu selten etwas lebensfroh, etwas sabotierend und widerspenstig ist
Und vielleicht hat ja Fehrnsehjournalist Küppersbusch (den ich kritisiere, aber trotzdem klasse finde) nicht ganz unrecht: Autonome sind Spießer.
Bitte keine Scheuklappen fallen lassen, huhu ich bins, der dies gar garstig Wort sprach, selbst ein Autonomer, (zumindest zählt ihr mich immer auf unseren Demos mit).
Spießer sind Menschen, die aufgrund einiger Äußerlichkeiten und zusammenhangslosen Äußerungen, die sie aufspießen, Menschen verurteilen und sich ihr Weltbild schmieden. Irgendwann hatte mir mal jemand gesagt, jeder sollte einen ganzen Menschen kennen und seine Taten, ehe er ihn verurteilt --- es kann nicht in unserem Verein gewesen sein.
Diese persönliche Dimension ist das eine, was Menschen berechtigterweise abschreckt.

Das andere ist die damit einhergehende Ignoranz auch in politischen Fragen.
Wie kann ich jemanden, der schon länger aktiv ist, glauben, daß er für eine freie Gesellschaft ist, wenn er auf einenm Auge blind ist? Die Menschen merken das, auch, wenn sie nicht die Sachverhalte kennen.
Wer die Geschichte nicht kennt, ist verdammt, sie zu wiederholen.
Das gilt für den Faschismus, das gilt aber auch vor allen für unsere eigene Geschichte.
Wie kann ich denn gegen jede Herrschaft sein, wenn ich noch nie etwas vom Archipel Gulag gehört habe. Von den Foltergefängnissen der Komintern in Spanien 1936-1939, vielleicht sogar nichteinmal etwas vom Hitler - Stalin Pakt. (Wie finde ich das als Antifaschist, wenn Stalin Kommunisten an Nazideutschland ausliefert?) Wie finde ich das, wenn Anarchisten Staatsminister werden (wieder Spanien) und sich alle Konterrevolutionäre im republikanischen Spanien in der Kommunistischen Partei sammeln, die gezielt Antifaschisten ermordet?

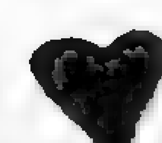
Und wie kann ich als Anarchist vom Internationalismus reden, wenn mir beispielsweise alle Menschen samt meinen Genossinnen und Genossen in Osteuropa am Arsch vorbeigehen?
Wie kann ich jemanden überzeugen, wenn ich mich selbst geniere zu gestehen, daß ich für einen freiheitlichen Kommunismus bin?
Für den Teil den ich als Autonomen Verein kenne, trifft diese Kritik mehrheitlich zu, natürlich kenne ich nur diesen Teil, aber meine Naivität habe ich abgelegt und so vermute ich, daß dies überall ähnlich ist.
Trotz allem habe ich Hoffnung, daß sich in den nächsten Jahren bei uns, den Antiautoritären und AnarchistInnen, etwas ändern wird.
Ich möchte nicht sagen in welche Richtung die Hoffnung geht. Wer die Kritik auch nur teilweise nachvollziehen kann, wird wahrscheinlich alleine drauf kommen.
Zum Abschluß sei nocheinmal der gute Willy (aus „Was ist Klassenbewußtsein?") zitiert.

Als während der Novemberrevolution die Massen im Tiergarten aufmarschierten waren sie eifrig bedacht, den Rasen nicht zu betreten. In dieser Anekdote, mag sie nun wahr oder nur gut erfunden sein, ist ein großes Stück Tragik der revolutionären Bewegung kurz ausgedrückt:
Die Verbürgerlichung des Trägers der Revolution.

Die Tragik bei uns Autonomen ist nun nicht, daß wir im Inneren den einst verbotenen Rasen gesät haben. Die Tragik ist, daß wir uns als Rasenmäher betätigen.

Pupsvogel

GLOBAL SOLIDARITY



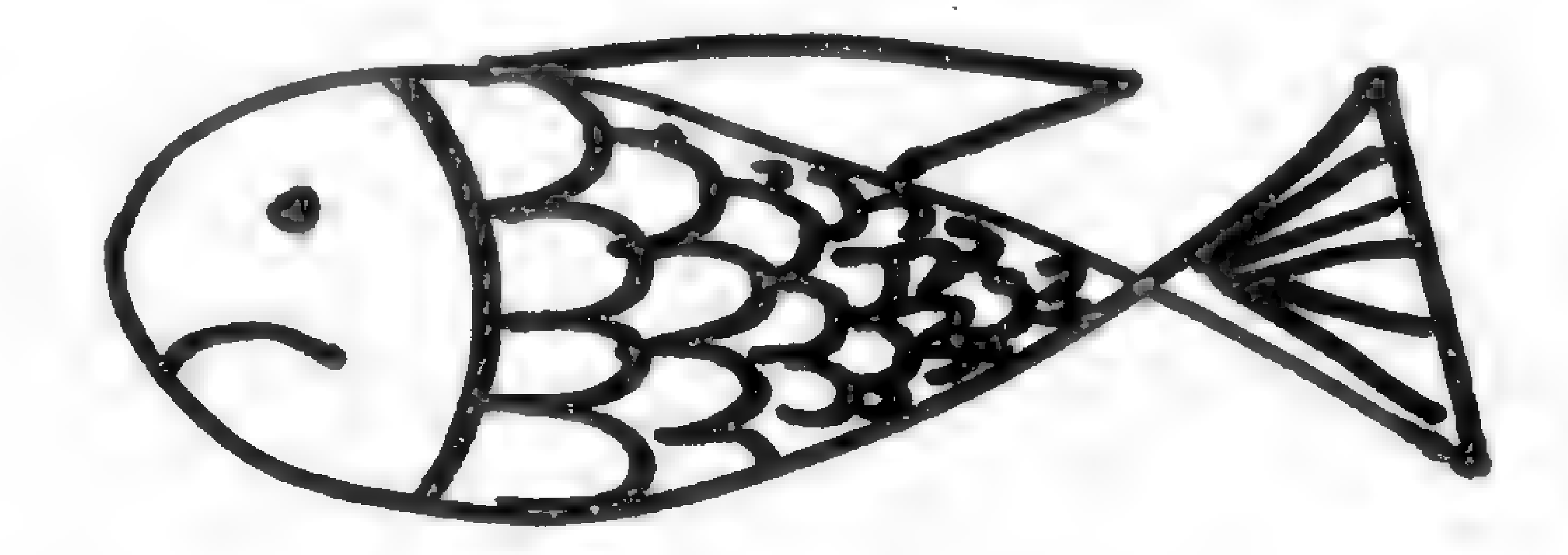
Kann man(n) Sexismus boykottieren?

Wir, das sind einige Bewohner/innen des Thomas- Weißbecker- Hauses, Leute, die im Haus arbeiten und Unterstützer/innen des Hauses, laden hiermit zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung ins TWH zum Thema "Umgang mit Gewalt und Sexismus in linken Projekten" ein. Termin ist der 03.12.98, 19.00 Uhr im Veranstaltungssaal des TWH, Wilhelmstr. 9 in Kreuzberg.

Zum Hintergrund:
1. Ein TWH- Bewohner hat eine Frau vergewaltigt.
2. Das daraufhin einberufene Hausplenum beschloß seinen Rausschmiß, allerdings mit einer Frist von 10 Tagen.
Warum diese Frist?
Für einige Hausbewohner/innen lag eine Schwierigkeit darin, einen Mitbewohner und Freund als Vergewaltiger wahrzunehmen und entsprechend konsequent und sofort zu handeln.
Andere Hausbewohner/innen glaubten der Frau nicht.
Und für eine dritte "Fraktion" war der Tatbestand klar und der sofortige Rausschmiß wurde gefordert. Die 10 Tage waren ein fauler Kompromiß.
3. Parallel dazu lief die Aktionswoche zum 25- jährigen Bestehen des Hauses an. Die wenigen Organisator/innen waren nicht in der Lage, in den verbleibenden 48 Stunden zwischen Hausplenum und Beginn der Veranstaltungen eine andere Entscheidung (z.B. Absagen, Thematisierung) zu treffen. Vom heutigen Standpunkt aus betrachtet war das ein grober Fehler.
4. Noch in der Veranstaltungswoche tauchte das erste, anonyme Flublatt auf, das zur Neubesetzung des TWH aufrief; Zitat: "Einen hart erkämpften Freiraum lieber beseitigen, als ihm dem Gegner überlassen. Dies ist ein Aufruf zur Beseitigung des TWH."
5. Vor diesem Hintergrund eskalierte die Situation im Haus und mit Leuten von außerhalb: Eine Frau aus dem TWH wurde massiv verbal bedroht und zog daraufhin aus.
6. Pauschalverurteilungen von beiden Seiten liefen nur auf Konfrontationen hinaus. Konstruktive Auseinandersetzungen waren in dieser Zeit unmöglich.

Situation im Haus jetzt:
1. Die Strukturen im TWH sind im letzten halben Jahr in Bewegung gekommen: Wesentlich mehr Leute fühlen sich für das Haus und die Vorgänge im Haus verantwortlich; ein Frauenplenum des Hauses formulierte klar, daß der Vorwurf der Vergewaltigung zum sofortigen Rausschmiß führt; seit dem Sommer gibt es eine kontinuierlich arbeitende Gruppe von und für Frauen und Mädchen aus dem TWH und von der Straße.
2. Auseinandersetzungen um Gewalt und Sexismus finden zwischen einigen Bewohner/innen sehr intensiv statt, andere diskutieren nur unter Druck, es gibt aber immer noch einige, die sich versuchen komplett rauszuhalten. Wie kriegt man auch die dazu, sich auseinanderzusetzen?
Das ist eines der Probleme, die uns im TWH z.Zt. sehr beschäftigen.

Wir wissen, daß unsere Erfahrungen im Umgang mit sexistischer Gewalt nicht einmalig sind, sondern in ähnlicher Weise auch in anderen Projekten gemacht



wurden. Deshalb wollen wir von Euch wissen, wie die Auseinandersetzungen und die Praxis zu sexistischer Gewalt in anderen Projekten gelaufen sind, welche Erfahrungen und auch Fehler gemacht wurden und welche Konsequenzen wir gemeinsam daraus ziehen können.

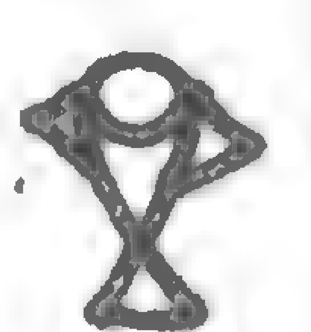


Aus der Umgehensweise von Teilen der linken Szene mit dem TWH resultieren die folgenden Thesen, die wir zur Diskussion stellen wollen:

1. Sexismus ist eine Realität in der Gesellschaft, auch in allen gemischten linken Projekten und Strukturen.
Durch Verdrängung und Deckelung ist keine Veränderung möglich. Auseinandersetzungen mit Männern, die z.B. sagen: "Da könnte mich ja eine Frau der Vergewaltigung bezichtigen, um mir eins auszuwischen" müssen von Männern geführt werden und nicht mit antisexistischen Schlagwörtern nieder- und damit unmöglich gemacht werden.
2. Die praktizierten Methoden (Neubesetzungs- und Boykottaufrufe) ändern absolut nichts an den existierenden Problemen, sondern führen zu Krieg (siehe Brunnenstraße) bzw. zur Isolierung (siehe TWH) und auf jeden Fall zur Spaltung! Die Initiator/innen handeln politisch verantwortungslos!



3. Wir Frauen haben es satt, daß einige Männer von Frauen hart erkämpfte Positionen mißbrauchen, um sich damit als "Antisexisten" zu profilieren, Politik damit zu machen und ihre Machtgeilheit zu befriedigen. Setzt Euch endlich mit Euren Geschlechtsgenossen auseinander, damit sich irgendwann auch praktisch was bewegt!
4. Das Vorgehen einiger Berliner Gruppen gegen das TWH definieren wir als strukturelle Gewalt, die wie jede andere Form von Gewalt thematisiert werden muß.





Zur Information für die, die das TWH nicht kennen:

Das Haus wurde vor 25 Jahren im Zusammenhang mit der Heimkampagne und der Studentenbewegung von Treber/innen erkämpft. Das TWH ist noch immer ein Haus, in dem ganz unterschiedliche Menschen versuchen, zusammenzuleben: Treberkids, Obdachlose, Leute, die keine Lust auf eine 1- Zimmer- Wohnung haben, Alte und Junge, Deutsche und Nicht- Deutsche, Student/innen und Arbeitslose usw.
Entsprechend unterschiedlich sind auch persönliche Lebensvorstellungen und Wege: Selbstorganisierung im Haus (es gibt ein Cafe, einen Veranstaltungssaal und eine Sportetage), Engagement fürs Haus, Abhängen, Feiern, Beteiligung an politischen Aktivitäten usw.
Entsprechend unterschiedlich sind die Voraussetzungen und Meinungen, was Auseinandersetzungen im Haus sehr schwer, aber auch intensiv macht.



Die neu-alten Guerillas in Guerrero

Das Abkommen von San Andrés über indigene Rechte, am 16. Februar 1996 von Delegationen der mexikanischen Regierung und der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) unterzeichnet, harrt noch immer seiner Umsetzung: Die Regierung von Präsident Ernesto Zedillo hat ihre Unterschrift zurückgezogen. Gleichzeitig nahm die Präsenz der Militärs in Chiapas ebenso zu wie die Aktivitäten paramilitärischer Gruppen. Das Gleiche läßt sich auch in anderen südlichen Bundesstaaten der mexikanischen Republik beobachten, insbesondere in Guerrero, wo verschiedene neue und neu-alte Guerilla-Formationen in Erscheinung getreten sind.

Von unserem Korrespondenten MAURICE LEMOINE

MIT jedem Kilometer, den man in die mächtige Sierra Madre del Sur hineinfährt, verändern sich die Gesichter, die man draußen erblickt. Nach und nach werden die Menschen immer indianischer. Wälder, Felsen, Riesenkakteen und armselige Felder – von Chilpancingo[1] aus dauert es fünf Stunden, bis schließlich die Stadt Tlapa de Comonfort auftaucht, Verwaltungszentrum einer Region von Guerrero, die ihrem Namen alle Ehre macht: La Montaña. Rund um die Stadt erheben sich gewaltige Bergmassive.

Es gibt hier keinerlei Industrie und auch sonst kaum eine Möglichkeit, einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen – mit Ausnahme des Marktes, zu dem die Bauern an den Samstagen und Sonntagen aus den Bergen herabsteigen. Sonst nichts. Baustahl reckt sich büschelweise aus den zahlreichen halbfertigen Gebäuden. Sie werden im Takt der Aufträge fertiggestellt werden, die von „dort" eintreffen. „Vier meiner Cousins sind in den Vereinigten Staaten", sagt der zweiundzwanzigjährige Benito, der mit dem Gedanken spielt, auch dorthin zu gehen.

Seit kurzem ist es vorbei mit der letargischen Ruhe in dem kleinen Flecken. Eine Kaserne mit sechshundert Soldaten ist gerade eben hier eingerichtet worden. Und die Leute raunen sich halblaut den Grund dafür zu: Eine geheimnisvolle Geschichte von bewaffneten Gruppen. „Es hat in Chiapas angefangen", murmelt der alte Juan Basurto. „Aber dort sind sie politischer. Die Ideen von Marcos finden ja weltweit Verbreitung. Hier ist es eine andere, weniger bekannte Truppe."

Von dieser Revolutionären Volksarmee (EPR), die seit dem 28. Juni 1996 im Hinterland von Guerrero herumspukt, hat Benito aus der Zeitung erfahren. Er unterstreicht das noch einmal: Aus der Zeitung! Er, der in der Vereinigung der indigenen Berggemeinden (UCIM) aktiv ist, hat allerdings durchaus seine Meinung zum Thema. „Wir haben nichts mit ihnen zu tun", betont er, „aber wir respektieren sie. Es sind soziale Aktivisten wie wir auch, nur haben sie einen ganz anderen Weg gewählt."

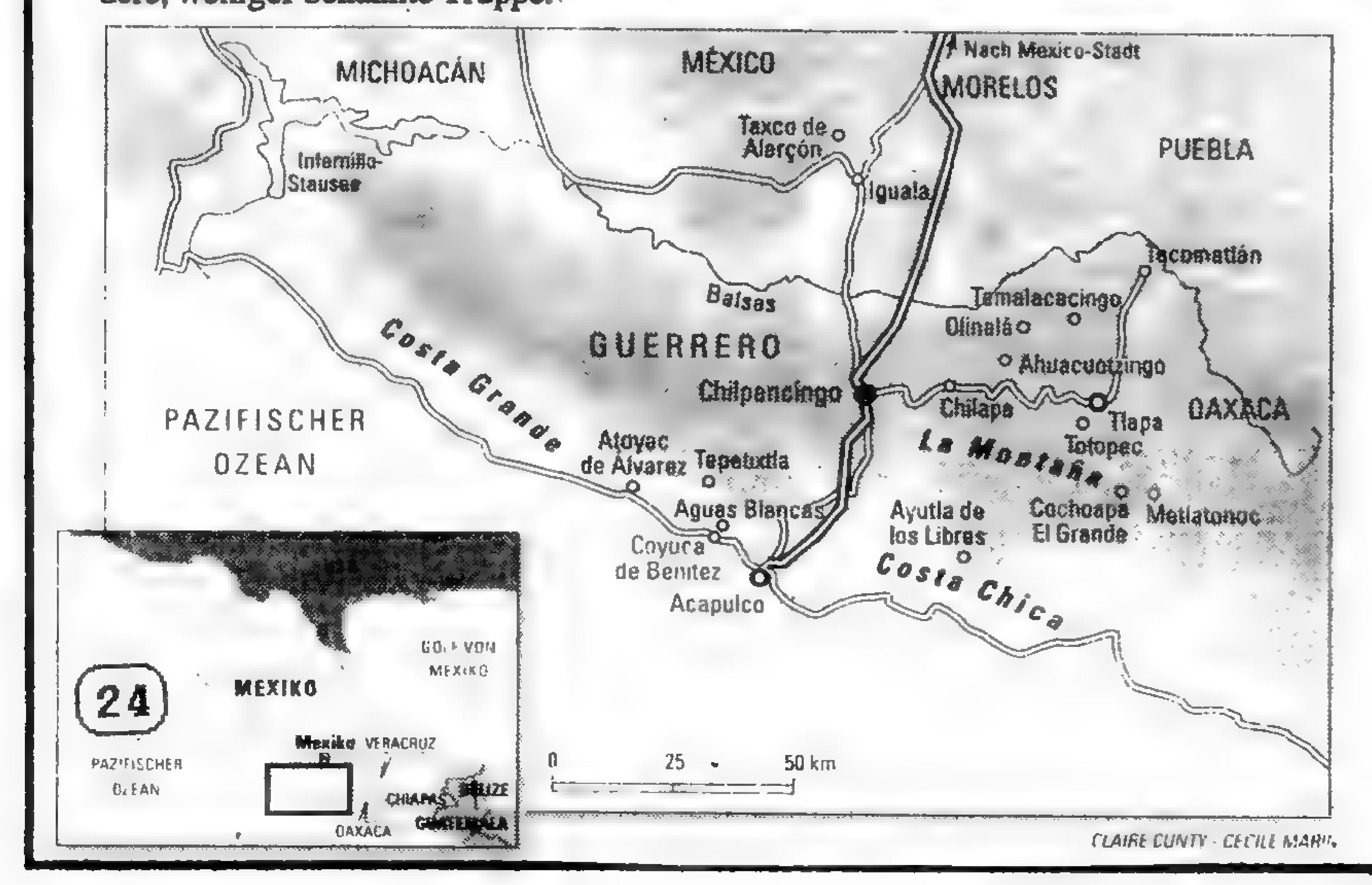
Es ist gut, daß „sie" da sind

RUND um Tlapa erhebt sich zwischen 600 und 3000 Meter hoch die Montaña, der steilste, unwegsamste Teil des Bundesstaates. Die Gegend ist sehr arm. Zumeist gedeihen zwar Mais, Bohnen und Reis, doch sind diese Produkte auf dem Markt nichts wert, und an den kalten Orten bringt nicht einmal die *milpa*[2] einen Ertrag. Zwei Strohhüte, deren Anfertigung einen Arbeitstag erfordert, bringen einen Peso[3] ein. Jeder dieser Hüte wird von den *acaparadores*, den fliegenden Händlern, für siebzehn Pesos weiterverkauft werden. Die Montaña ist von Indios bevölkert: Nahuas, Mixteken, Tlapaneken. Sie haben ihre Bräuche, sie säen und ernten ihr bißchen Zeug und verkaufen es billig. Das Holz verschenken sie buchstäblich.

„Diesen Armen fehlt die politische Bildung", meint Benito. Er selber ist nebst seiner Tätigkeit in der UCIM auch aktiv in der Oppositionspartei, der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) von Cuauhtémoc Cárdenas. Auf seinem weiten T-Shirt prangt eine riesige Mickeymausfigur sowie ein Schriftzug – „Hard Rock Café" ist zu lesen –, und während er von San Francisco und Washington träumt, redet er doch voller Begeisterung von seinen autochthonen Vorfahren (er ist Mestize) und verteilt seine Flugblätter von der UCIM. „Wir sind der Ansicht, daß man Klassenbewußtsein dadurch erwirbt, daß man weiß, welcher Klasse man angehört und wer unsere Klassenfeinde sind (der Staat, die Bourgeoisie, der Imperialismus)." Als er vor der stattlichen Kirche vorbeikommt, die den Ort überragt, nimmt er respektvoll den Hut ab. „Das ist eine heilige Stätte, die sehr viele Wunder vollbringt", sagt er. In seiner Person vereint Benito ganz Guerrero.

Tototepec gehört nicht zu den zahlreichen *caseros* (Weilern), die von jeglicher Zufahrtsmöglichkeit abgeschnitten sind. Doch die extreme Armut ist auch hier präsent. Nur die Sympathisanten der Partei, die seit Urzeiten an der Macht ist, der Institutionellen Revolutionspartei (PRI), erhalten gelegentlich Hilfe (im allgemeinen nur unmittelbar vor den Wahlen): Reis, Bohnen, Zucker. Aber meistens fehlt es an allem, auch an Wasser. „Dabei gibt es Wasser", empört sich Primo Álvarez, ein mixtekischer Primarschullehrer, der zweisprachig unterrichtet. „Wenn wir eine Pumpe hätten, könnte das ganze Dorf versorgt werden. Es gibt auch genügend Holz, aber keine Möglichkeit, es zu nutzen. Man könnte Kalk produzieren, die entsprechenden Steine sind vorhanden, doch wir haben keinerlei Mittel."

Die Aktivisten von der PRD, die in diesem PRI-regierten Dorf in der Minderheit sind, schlagen sich mit den Behörden herum, um Dünger zu bekommen. Am vergangenen 1. Juni erhalten sie anstelle einer Antwort Besuch von den *judiciales*, der Kriminalpolizei, und der Armee. Türen werden eingetreten, Häuser durchwühlt, Küchengeräte zertrümmert, die Saatvorräte in alle Winde zerstreut. Um das Maß vollzumachen, wird eine junge Frau vor den Augen ihres Ehemannes vergewaltigt. „Sie haben mich beschuldigt, ein Chef der EPR zu sein", seufzt Primo Álvarez. Er ist Direktor der Schule mit



CLAIRE CUNTY · CÉCILE MARIN

fünf Lehrern und unterrichtet eine fünfundvierzigköpfige Klasse, doch zusätzlich muß er sein Feld bestellen. Sein Monatslohn von 1 600 Pesos (ca. 160 Dollar) reicht zum Leben nicht aus. „Wo sollte ich denn die Zeit hernehmen, mich einer bewaffneten Gruppe anzuschließen?“ Mit einer angewiderten Handbewegung weist er auf seine Hütte. „Anstatt uns das Militär zu schicken, sollten sie Schulen und Kantinen bauen, Stipendien vergeben, Kleidung und Schuhe für die Kinder verteilen, vernünftige Unterkünfte für die Lehrer schaffen ...“ Dann kommt er auf die berühmte EPR zurück, die ihnen so viel Unannehmlichkeiten einbringt: „Wir selbst kämpfen auf dem demokratischen Weg. Wir haben niemals Waffen getragen. Doch wir respektieren ihren Kampf, ihre Art zu denken. Denn sie machen sich auch die Forderungen der indigenen Bevölkerung zu eigen.“

In Cochoapa el Grande, beinahe am Ende der Welt und über den Wolken, ist die Armee am 13. Juli 1998 aufgetaucht. Haus für Haus hat sie alles durchsucht. Sie hat die Leute geschlagen. Nicht alle, bloß die „Subversiven“ von der PRD (und wer mutmaßlich zu deren Umfeld gehört). Wie überall errichtet sie regelmäßig Straßensperren, wo jeder über sein Kommen und Gehen befragt und aufs unangenehmste bedrängt wird. In diesem tief gespaltenen Dorf ist der *comisario*[4] von der PRD. Seit seiner Wahl hat die Elektrizität hier Einzug gehalten. Der vorherige PRIistische *comisario* hatte seinerzeit einen Kredit für den Bau einer Brücke bekommen. Es gibt immer noch keine Brücke. Doch trotz dieser offensichtlichen Tatsachen ist die PRI nicht weg vom Fenster, nur die Gräben in der Gemeinde werden noch tiefer.

Doch die „offizielle“ Partei hat auch Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen. Um 17 Uhr kommen in einer langen Reihe mehrere Dutzend Bauern mit geschultertem Werkzeug zurück in den *casero*. Sie werden von einem Regierungsprogramm dafür bezahlt, die abgeholzten Hänge gegen Erosion neu zu bepflanzen. Ausnahmslos alle sind Mitglieder der PRI. Kein einziger der als „oppositionell“ eingestuften Bewohner hatte Zugang zu dieser Arbeit. „Die Leute haben die Nase voll“, entschlüpft es einem Indianer, der dann doch auf der Hut ist und mit einer Umschreibung fortfährt. „Hier erzählt man sich die Geschichte einer Guerilla von früher, der des Lehrers Lucio Cabañas. Es wird wieder losgehen. Am Ende wird es Krieg geben oder was weiß ich was ...“

Ein junger Bursche, der ihn begleitet, redet nicht lange um den heißen Brei herum. Einmal ist keinmal. Sein Blick ruht auf den Berggipfeln, die den Horizont zerklüften: „Es ist gut, daß ‚sie‘ da sind, weil, wenn wir jetzt plötzlich ein Problem haben, werden ‚sie‘ uns helfen.“ In sehr freundlichem Ton lehnt er es anschließend ab, seine Identität preiszugeben. In der heutigen Zeit reicht viel weniger aus als das, um zu sterben.

Die Unbestechlichen fingen wieder bei Null an

GUERRERO ist, zusammen mit seinen ebenso leidgeprüften Nachbarstaaten Chiapas und Oaxaca, einer der ärmsten Bundesstaaten Mexikos. In den sechziger Jahren, die am 30. Dezember 1960 mit dem Blutbad von Chilpancingo eröffnet wurden, war eine verschärfte Repression die einzige Antwort auf die Forderungen der Kopra-(Kokosmark-) und Kaffeebauern, der Lehrer und Schüler. 1963 griff der Grundschullehrer Genaro Vázquez, der Kopf der Nationalen Revolutionären Bürgervereinigung (ACNR), zu den Waffen.[5] Nach einem Massaker an Kopra-Produzenten am 20. August 1967 in Acapulco gründete ein weiterer Lehrer, Lucio Cabañas, die Partei der Armen (PDLP) und ging 1967 in den Untergrund. In den siebziger Jahren häuften sich die bewaffneten Aktionen und gipfelten am 29. Mai 1974 in der Entführung von Rubén Figueroa senior. Bereits als er auf der Liste der PRI für den Gouverneursposten im Bundesstaat kandidierte, war der Mann bekannt für seine Gangster-Methoden.[6] Eine Menschenjagd setzte ein, Lucio Cabañas starb im Dezember 1974 in einem Hinterhalt. Die überlebenden Kader der zerschlagenen Organisation tauchten in die Illegalität ab.

„Damals“, erinnert sich ein Alter, „existierten die Menschenrechte nicht!“ Rund hundert Tote, über dreihundert Verschwundene – die Armee säuberte die Gegend mit grausamer Gründlichkeit. Doch nach und nach erhoben sich Tausende von Häuptern, die nicht auf unbestimmte Zeit gebeugt verharren konnten. Eine Vereinigung von *ejidos*[7] erblickte im Süden der Montaña, an der Costa Grande[8], das Licht der Welt. „Wir hatten in allen Gemeinden Delegierte“, sagt Hilario Acosta. „Die Regierung hat diese Delegierten dann eingeladen. Sie hat ihnen Essen, Geld und Frauen gegeben und sie dabei gebeten, sich dem Nationalen Bauernverband CNC (der offiziellen Landarbeitergewerkschaft) anzuschließen. An dem Tag, als der neue Vorstand gewählt wurde, haben sie alle für den CNC gestimmt.“ Die Unbestechlichen fingen wieder bei Null an und bildeten eine *ejido*-Koalition. Sie begannen, die Vermarktung des Kaffees in die Hand zu nehmen. „Aber die PRIisten haben sie infiltriert, und die Koalition spaltete sich.“

Die Zeichen der Zeit stehen dennoch nicht auf Kapitulation. Nach dem durch massive Fälschungen zustande gekommenen Wahlsieg Carlos Salinas de Gortaris bei den Präsidentschaftswahlen von 1988 bieten die Bauern dem betrogenen Kandidaten und künftigen PRD-Gründer und -Vorsitzenden Cuauhtémoc Cárdenas an, „unser Leben für die Verteidigung des oppositionellen Wahlsieges zu geben“, mit den Waffen in der Hand. Cárdenas' Ablehnung – er entscheidet sich für „den Weg der Legalität“ – erzeugt enorme Frustration. Zwar bleiben sie der PRD treu, deren oppositioneller Einfluß in Guerrero erheblich zunimmt, doch sie merken sich die Lektion: In Zukunft werden sie sich vor allem auf ihre eigenen Kräfte verlassen.

Im Januar 1994 entsteht die Bauernorganisation der südlichen Sierra (OCSS), die stärkste unter den zahlreichen Bewegungen, die Guerrero schon bald an den Rand der sozialen Explosion führen sollten. Schon seit Monaten in Gründung, tritt die OCSS, in der Mestizen und Indígenas gleichermaßen organisiert sind, einige Tage nach dem überraschenden Aufstand der Zapatisten im benachbarten Chiapas zum ersten Mal in Erscheinung. Gouverneur Rubén Figueroa junior versucht diese unabhängige Organisation zu vernichten, die Bestechungsversuche zurückweist, genauso wie er seine Schergen auf jegliche Art von Opposition hetzt. Alle werden beschuldigt, mit der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) in Verbindung zu stehen. Morde, Machtmißbrauch und Verhaftungen häufen sich.

Um gegen das Verschwinden von Gilberto Romero, einem ihrer Mitstreiter, zu protestieren, fahren über hundert OCSS-Mitglieder am 27. Juni 1995 auf Lastwagen hinunter nach Atoyac de Álvarez. An der Stelle, die den Namen Aguas Blancas trägt, warten die Sicherheitskräfte in einem Hinterhalt und stoppen den Konvoi. Nachdem sie einen Teil dieser unbewaffneten Zivilisten dazu bewegt haben, von den Fahrzeugen zu klettern, eröffnen sie ohne Warnung das Feuer. Marino Sánchez erzählt zitternd vor Wut: „Ich lag auf dem Boden, die Kugeln pfiffen ganz nah vorbei. Wir waren umringt von Polizisten. Ich habe mit angesehen, wie sie verletzten Genossen den Gnadenschuß verpaßt haben.“ Ein Alptraum: Siebzehn Bauern werden ermordet, über zwanzig verletzt. Zwölf Monate später ist kein einziger der Anstifter dieses Massakers verurteilt. Als einziges Ergebnis der breiten Mobilisierung mußte Gouverneur Figueroa zurücktreten – er hat einem seiner Komparsen, Aguirre Rivero, Platz gemacht. Am Jahrestag des Massakers, während am Ort des Geschehens eine Gedenkveranstaltung mit sechstausend Teilnehmern stattfindet, tauchen etwa hundert bewaffnete Frauen und Männer auf, die Gesichter mit der unvermeidlichen *pasamontañas*-Mütze maskiert. Zum ersten Mal tritt die Revolutionäre Volksarmee (EPR) an die Öffentlichkeit.

„Nach einem Überraschungsmoment haben wir Freude in den Gesichtern gesehen“, erinnert sich ein Zeuge im Rückblick lächelnd. „Viele haben applaudiert. Ein Pfarrer ist hingegangen und hat sie umarmt, wobei er sagte: „Endlich!“ Das bei dieser Gelegenheit verlesene Kommuniqué, das Manifest von Aguas Blancas, hat wenig gemein mit der lyrischen Prosa des zapatistischen Subcomandante Marcos. „Wir haben beschlossen, unsere landwirtschaftlichen Geräte gegen die libertären Gewehre einzutauschen, die zum Sturz des Großkapitals und der volksfeindlichen Regierung beitragen werden. (...) Wir wollen die Errichtung einer demokratischen Volksrepublik (...) und rufen zur Bildung von Volkstribunalen auf, um über die Feinde des Volkes zu richten.“

Über gute und schlechte Aufständische

TERRORISTEN! Die Regierung Zedillo, die die Zapatisten in einen trügerischen Verhandlungsprozeß verstrickt hat, versucht die Auffassung zu nähren, es gäbe eine gute Guerilla, die EZLN, die über eine soziale Basis verfüge, und eine schlechte, die EPR, die diese nicht besitze. Sie wurde dabei zunächst bewußt oder unbewußt vom Subcomandante Marcos unterstützt, dessen Kommentare eisig waren. Die „Neuankömmlinge" müßten „ihre Legitimität unter Beweis stellen". Comandante José Arturo schickte eine schneidende Antwort, die den zapatistischen Medienstar paraphrasierte: „Wen müssen wir um Vergebung bitten, daß wir nicht zulassen, daß die Regierung uns weiter ermordet? Wen müssen wir um Vergebung bitten für unseren bewaffneten Aufstand? Müssen wir beispielsweise die Regierung um Vergebung bitten? Oder die Oligarchie? Oder müssen wir die EZLN um Vergebung bitten für diese Entscheidung?"[9] Dann schloß er trocken: „Die Poesie kann nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein."

Beziehungen zwischen den beiden Guerillas gibt es kaum, aber heute auch keine Spannungen mehr. Auf eine Bemerkung des PRD-Abgeordneten Juan Guerra, Mitglied der parlamentarischen Versöhnungskommission Cocopa, der ihn frotzelt: „Die wollen dich links überholen!" entgegnet Marcos: „Links von uns gibt es nichts als den Abgrund. Niemand ist radikaler als die Zapatisten." Um dann gelassener hinzuzufügen: „Ich werde die EPR weder ablehnen noch gutheißen, ich kann das nicht machen, wo wir doch selbst genauso kritisiert und beschuldigt worden sind, wie sie es heute werden."[10] Die EPR ihrerseits bezieht sich voller Respekt auf die EZLN, ohne dabei Differenzen zu verbergen. Sie verhehlt nicht, daß es ihr um eine Machtübernahme geht und daß sie zu diesem Zweck den zivilen mit dem militärischen Weg verbinden will.

Tatsächlich existierte die EPR schon seit vielen Jahren. Wenn ihr Erscheinen nur wenig Begeisterung hervorrief, so deshalb, weil die Klandestine Arbeiterpartei – Partei der Armen (Procup-PDLP) in ihren Reihen eine dominierende Stellung innehat. Diese abgeschottete Organisation maoistischer Prägung ist in den sechziger Jahren entstanden. 1972 entschied sie sich für die Linie des verlängerten Volkskriegs. „Sie hat einen mehr als schlechten Ruf", erklärt in Mexiko-Stadt Enrique Ávila, einer der Anführer der Zapatistischen Befreiungsfront FZLN, die auf Anregung des Subcomandante Marcos als rein zivile Organisation neben dem EZLN gegründet wurde. „Sie hat in den vergangenen zwanzig Jahren mehrere Genossen getötet, die der Linken angehörten, von ihr aber als reformistisch eingestuft wurden. Das ist es, was mich stört." Die Procup hat im Verlauf ihrer Geschichte auch nicht gezögert, Dissidenten aus den eigenen Reihen zu eliminieren.

In den vergangenen Jahren unterstützte die Procup die Partei der Armen (PDLP) darin, sich neu zu konstituieren und in Guerrero wieder Fuß zu fassen. In ihrem Dunstkreis betätigten sich vierzehn revolutionäre Organisationen[11], die sich immer wieder phasenweise annäherten, während sie weiterhin unabhängig voneinander agierten. Die zapatistische Erhebung in Chiapas und die Hoffnung, die sie weckte, beschleunigten dann die Vereinigung. Am 1. Mai 1994 schließt sich dieses heterogene Ensemble in einer einzigen Front zusammen und bildet so die EPR. Am 18. Mai 1996 wird eine einheitliche politisch-militärische Struktur eingeführt, mit einer gemeinsamen Armee. An Geld fehlt es nicht. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gehen die Entführungen des Hauptaktionärs der mexikanischen Nationalbank (Banamex), Alfredo Harp, und des Besitzers der Supermarktkette Gigante, Angel Lozada, am 14. März und 25. April 1995 in Mexiko-Stadt auf das Konto der EPR. Als Lösegeld für ihre Freilassung wären dann 40 Millionen Dollar in die Kriegskasse der Guerilla gefallen.

Die Guerilla und die Demokratie

AM 30. August 1996 geht die EPR in sieben Bundesstaaten in die Offensive, vor allem in ihren Hochburgen Guerrero und Oaxaca (sie ist auch in Veracruz und in Chiapas präsent). Ende Oktober fordert eine erneute Kampagne zehn Todesopfer in den Reihen der Sicherheitskräfte. Sporadische Aktionen folgen. Keine Frontalzusammenstöße, sondern begrenzte Aktionen. „Angesichts des Kräfteverhältnisses", räumt Anfang 1998 „Manuel", ein Mitglied der Guerilla, ein, „befinden wir uns in einer Phase der Selbstverteidigung, wir reagieren auf die Aggression der Armee."

Wie um die kursierenden Gerüchte zu bestätigen („in den letzten Jahren hat die Procup dazugelernt") entspricht der Tonfall immer weniger dem der siebziger Jahre. „Man hat uns mit Sendero Luminoso verglichen ... Wir sind keine Provokateure. Wir haben zwanzig Jahre lang mit Leuten zusammengearbeitet, die verhungern. Aguas Blancas hat den Prozeß beschleunigt. Die soziale Basis wollte wissen: Was machen wir jetzt? Wir haben ge-

Wer ist wer?

CNR: Asociación Nacional Cívica Revolucionaria, Nationale Revolutionäre Bürgervereinigung. 1963 von Genaro Vásquez in Guerrero ins Leben gerufene Guerilla.
CNC: Confederación Nacional Campesina, Nationaler Bauernverband. „Offizielle" Landarbeitergewerkschaft.
Cocopa: Comisión de Concordia y Pacificación, Versöhnungs- und Befriedungskommission. Von der Regierung eingerichtet, um einen Ausweg aus dem Chiapaskonflikt zu suchen. Die Kommission ist aus Mitgliedern aller im Kongreß vertretenen Parteien zusammengesetzt.
EPR: Ejército Popular Revolucionario, Revolutionäre Volksarmee. Bewaffnete Oppositionsbewegung, die am 28. Juni 1996 in Guerrero auftauchte.
ERPI: Ejército Revolucionario del Pueblo Insurgente, Revolutionäre Armee des Aufständischen Volkes. Am 8. Januar 1998 aus einer Abspaltung von der EPR entstanden.
EZLN: Ejército Zapatista de Liberación Nacional, Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung. Am 1. Januar 1994 in Chiapas aufgetaucht.
FAC-MLN: Frente Amplio de Construcción del Movimiento de Liberación Nacional, Breite Front zum Aufbau der Nationalen Befreiungsbewegungen. Bundesweiter Zusammenschluß von dreihundert Organisationen, Gewerkschaften und Parteien. Steht in Rivalität zur FZLN.
FZLN: Frente Zapatista de Liberación Nacional, Zapatistische Front der nationalen Befreiung. 1996 gegründet, um die Forderungen der EZLN innerhalb der „Zivilgesellschaft" populär zu machen und weiterzutragen.
OCSS: Organización Campesina de la Sierra del Sur, Bauernorganisation der südlichen Sierra. Die wichtigste Bauernbewegung in Guerrero.
PAN: Partido de Acción Nacional, Partei der Nationalen Aktion. Dritte große Partei nach der PRI und der PRD, repräsentiert die neoliberale, rechte und konservative Opposition.
PDLP: Partido de los Pobres, Partei der Armen. Guerilla, die in Guerrero von 1967 bis 1974 aktiv war und von einem Lehrer, Lucio Cabañas, angeführt wurde.
PDPR: Partido Democrático Popular Revolucionario, Demokratische revolutionäre Volspartei. Politischer Arm der EPR.
PRD: Partido de la Revolución Democrática, Partei der demokratischen Revolution; sozialdemokratisch geprägt.
PRI: Partido Revolucionario Institucional, Institutionelle Revolutionspartei. Unter verschiedenen Kürzeln seit der Revolution von 1910-1917 an der Macht.
Procup-PDLP: Partido revolucionario clandestino unión popular – Partido de los Pobres, Revolutionäre Klandestine Partei Einheit des Volkes – Partei der Armen. In den sechziger Jahren entstandene klandestine Organisation maoistischer Prägung, die innerhalb der EPR tonangebend ist. Sie ist bekannter unter dem einfachen Kürzel Procup.
UCIM: Unión de Comunidades Indígenas de la Montaña, Vereinigung indigener Gemeinden der Montaña.

antwortet: Hier sind wir! Der Sozialismus steht nicht auf der Tagesordnung. Wir glauben, daß der bewaffnete Kampf allein den Umschwung nicht herbeiführen kann. Alle Formen des demokratischen, pazifistischen, parlamentarischen Kampfes sind notwendig. Doch in Anbetracht der Situation in Mexiko bedarf es auch bewaffneten Drucks." Eine einzige Frage bleibt offen. Gehörte Manuel zur damaligen Zeit, als von den inneren Streitigkeiten noch nichts an die Öffentlichkeit durchsickerte, noch zur EPR oder bereits zur Revolutionären Armee des Aufständischen Volkes (ERPI)?

Es waren die Ereignisse in El Charco (Costa Chica), die die Existenz der ERPI ans Licht brachten. Im Land von Acteal[12] und Aguas Blancas stellen sie nur eine traurige Wiederholung dar. Im Morgengrauen des 17. Juni 1998 greift die Armee eine Schule an, wo mehrere Dutzend Indianer versammelt sind, und tötet im Verlauf einer sechsstündigen „Auseinandersetzung" elf Guerilleros, ohne selbst auch nur einen einzigen Toten zu beklagen. Die Kontroverse beginnt, als die Überlebenden und Festgenommenen Beschwerde führen: Es seien gar keine Guerilleros zugegen gewesen und es habe auch kein Kampf stattgefunden; die Opfer (mehrheitlich Bewohner des Dorfes) seien eiskalt exekutiert worden.

Der zweite Teil der Erklärung wird sich als wahrheitsgemäß erweisen. Der erste Teil hingegen wird später bezweifelt werden, und zwar nach einem Hinterhalt gegen die Armee am 22. Juni in der Region Tierra Caliente und einem weiteren gegen eine Patrouille der Bundespolizei am 4. Juli auf der Straße Chilapa-Tlapa (La Montaña). „Ja, wir haben uns in El Charco mit den Bauern versammelt. Da die *compas*[13] keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen haben, wurden wir überrascht. Das hier ist unsere Antwort", bekennt sich die bislang unbekannte Gruppierung.

60 Prozent der EPR-Kommandos operieren in Guerrero. Die ERPI entsteht am 8. Januar 1998; ihr gehören Leute an, die sich von kämpfenden Einheiten aus Guerrero und der Führung der dortigen Sektion der Demokratischen Revolutionären Volkspartei (PDPR, der politische Arm der EPR im Untergrund) abgespalten haben. Jeden Tag wichen die Standpunkte der Leute aus Guerrero ein wenig mehr von denen des Zentralkomitees ab. „Viele Gemeinden verlangten eine Antwort auf die Angriffe", erklären im August die Kommandanten Antonio und Santiago. „Die EPR handelt so nicht. Sie organisiert Operationen, die nicht den Erwartungen der Bevölkerung entsprechen, sondern den jeweiligen konjunkturellen Entwicklungen im Land. Wir schlugen vor, auf die Repression zu antworten, aber wir bekamen für derartige Aktionen von der EPR kein grünes Licht."

Die künftigen Operationen, so wird angekündigt, werden durch die Notwendigkeit bestimmt sein, auf die staatlichen Machtexzesse zu reagieren. „Diese Armee gehörte bislang zu einer Partei, wir geben sie zurück in die Hände des Volkes. Entscheidet, was wir tun sollen. Wir werden ausschließlich da in Aktion treten, wo das Volk es entscheidet." Eine Position, die eigentlich auch den Zapatisten gefallen müßte. Mit ihnen gibt es allerdings immer noch keinerlei Verbindung[14]. „Aber die EZLN hat wichtige Beiträge in Sachen Demokratie geleistet", räumt man bei der ERPI ein, „was sich in der Formel ‚gehorchend befehlen' ausdrückt." In dieser Hinsicht gibt es sehr wohl eine Annäherung, wenn auch bisher eine einseitige.

In El Charco sind die Wunden nicht verheilt. Da steht die zerstörte, von Kugeln durchsiebte Schule, wo die Tragödie sich abgespielt hat (sie hat sechzig Waisen hinterlassen): „Das ist jetzt ein trauriger Ort. Der Geist unserer Toten schwebt darüber, und unser Glaube besagt, daß wir ihn erst wieder nutzen dürfen, wenn Gerechtigkeit hergestellt ist." Die Antwort auf die Frage, ob die Guerilla durch ihre Anwesenheit für das verantwortlich ist, was den Zivilisten zugestoßen ist, entspricht ungefähr dem, was man überall im Bundesstaat zu hören bekommt: „Wir selbst kämpfen weiterhin auf dem demokratischen Weg. Aber jeder hat das Recht, seine Mittel zu wählen. Wenn sie sich für den bewaffneten Kampf entschieden haben, dann, weil die Verzweiflung sie dahin getrieben hat. Wir respektieren sie. Der wahre Schuldige ist die Staatsmacht."

Von den 580 Morden an PRD-Aktivisten in den letzten Jahren haben sich 207 in Guerrero ereignet, das sind 35 Prozent. Der ehemalige Abgeordnete Rafael Ranferi wurde beschuldigt, ein Anführer der EPR zu sein – was er energisch von sich wies – und mußte in Frankreich politisches Asyl beantragen. Seit 1996 zirkuliert eine schwarze Liste mit 106 Namen, von der paramilitärischen Gruppe Confidencial 08 erstellt, die die zukünftigen Opfer mit dem bewaffneten Kampf in Verbindung bringt. „An der Costa Grande sind seit 1995 34 unserer Aktivisten umgebracht worden", berichtet Norma Mesino, eine führende Aktivistin der OCSS. „Im vergangenen Juli haben sie einen Anführer ermordet, Eusebio Vásquez. Er wurde schon seit längerem von José Vargas bedroht, dem Oberbefehlshaber der Polizei von Tepetixtla. Festgenommen wegen dieses Mordes wurde dann aber einer von uns, Erasto Hurtado! Ihr Ziel ist, uns als eine gewalttätige Organisation hinzustellen und obendrein zu spalten."

52 Mitglieder der Breiten Front zum Aufbau einer nationalen Befreiungsbewegung (FAC-MLN), einem Zusammenschluß von dreihundert Gewerkschaften, Parteien und Organisationen, der in Acapulco gegründet wurde und in Guerrero besonderes Gewicht hat, schmoren aufgrund verschiedenster Anklagen im Gefängnis. Das eine bedingt das andere: Von der Regierung dazu gedrängt, weigerte sich die FAC-MLN, den bewaffneten Kampf zu verurteilen. Die Militarisierung des Bundesstaates schreitet voran, und Paramilitärs hinterlassen auch hier, ebenso wie in Chiapas, breite Blutspuren, wohin sie kommen.

Ein schäbiges *pueblo*, hoch oben auf einem Berggipfel im Herzen der Montaña. Indianische Aktivisten der PRD – sie sind Lehrer – sitzen um einen Tisch, ein Bier in der Hand, und sprechen über die nächsten Wahlen. Der Wahrscheinlichkeit nach müßte die PRD im Februar 1999 den Gouverneursposten von Guerrero gewinnen, und im Jahr 2000 die Präsidentschaft der Republik mit dem *ingeniero* Cuauhtémoc Cárdenas. Diese Einschätzung ist gleichzeitig sehr kühn („Wir glauben weiterhin an den demokratischen Kampf, um den Wechsel herbeizuführen ...") und ernüchtert („... aber wir denken, daß dieser demokratische Kampf nicht erfolgreich sein wird"). Auch wenn die Regierung, nicht zuletzt unter dem Druck der EZLN, der PRD und der internationalen Öffentlichkeit, politische Freiräume geöffnet hat, auch wenn sie im Juli 1997 den Sieg von Cárdenas bei den Bürgermeisterwahlen von Mexiko-Stadt sowie den Verlust der absoluten PRI-Mehrheit im Kongreß zugelassen hat, wissen doch alle hier, daß die Situation in den quasifeudalistischen Regionen des Landes, die von lokalen Kaziken beherrscht werden, festgefahren bleibt.



Im Süden Mexikos: Militäreinsätze gegen das soziale Elend Reuters

Wenn die Bevölkerung die Siegerin wäre

SICHER, Chilpancingo und Acapulco sind bei den Kommunalwahlen am 6. Juli 1997 der PRD zugefallen, doch die ländlichen Gebiete sind immer noch fest in der Hand der PRI. Seit einigen Monaten durchstreift diese Partei das Land und kauft die Leute, indem sie Geschenke, Kleidung, Mais und andere Arten von Düngemittel verteilt. „Diese Leute sind so arm, daß man ihnen nur ein Essen anzubieten braucht, ein paar Bohnen, und man führt sie, wohin man will, wie eine Herde Vieh." Obendrein hat Rubén Figueroa, der Gouverneur, der nach dem Verbrechen von Aguas Blancas zum Rücktritt gezwungen worden war, seine Rückkehr in die Politik angekündigt, um mit allen Mitteln den Sieg der Opposition in diesem Bundesstaat zu verhindern.

Gleichwohl scheint die PRD ausgerechnet unter den *perredistas* (so heißen ihre Mitglieder) keine Begeisterung hervorzurufen. „Die Lösung unserer Probleme läuft nicht einzig und allein über einen personellen Wechsel", heißt es in Tlapa. „Die PRD ist nicht die Lösung." Dann wird abgemildert: „Aber indem sie dazu beiträgt, Räume zu öffnen, erlaubt sie zumindest gewisse Fortschritte." In der stickigen Hitze von Tepetixtla geht man noch weiter. „Ob nun die PRI oder die PRD die Wahlen gewinnt, wird keinen so großen Unterschied machen. Ich hätte es lieber, wenn die Bevölkerung die Siegerin wäre." Die örtliche PRD ist unzweifelhaft radikal. Tatsächlich sind die Aktivisten keine „Aktivisten der PRD", sondern von Bauern- oder Basisorganisationen vom Typ OCSS oder FAC-MLN. Sie sympathisieren mehr oder weniger offen mit der Guerilla und benutzen die Partei im Grunde, um sich Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen und der Repression zu entkommen.

Ohne diese Stimmen zurückweisen zu können, auf die sie angewiesen ist, sieht die PRD auf Bundesebene diesen Linksruck ungern, der der sozialdemokratischen Partei jene politische Mitte zu entfremden droht, auf die sie ihre Hoffnung gründet. Diese radikale Basis wird auch weiterhin für Probleme sorgen, auch und vor allem im Fall eines Wahlsiegs von Cárdenas im Jahr 2000. Dieser möchte gerne die Staatsmacht erobern, und so verdammt er den Neoliberalismus nicht grundsätzlich, sondern möchte nur seine Spitzen brechen. Er lehnt auch das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta nicht mehr ab, sondern möchte es nur noch umgestalten.

In Guerrero ist des öfteren von einer „PRI Nummer zwei" die Rede. PRD-intern bewerben sich zur Zeit nicht weniger als sieben Kandidaten für die Gouverneurswahl von 1999; dabei sind die beiden aussichtsreichsten Anwärter, Felix Salgado und Xavier Olea, Überlaufer aus der PRI. Doch damit nicht genug: Am 21. August verkündete Octaviano Santiago, der Vorstandsvorsitzende der PRD im Bundesstaat, daß seine Partei Gespräche mit einigen der neun Anwärter der PRI eingeleitet habe, damit diese ihre Partei verlassen und sich an der Vorrunde zur Bestimmung des PRD-Kandidaten beteiligen.[15]

In jedem Fall „gehen wir bei nächsten Wahlen ein umfassendes Bündnis mit der PRD ein", sagt die OCSS-Aktivistin Norma Mesino. „Ohne uns in Illusionen zu wiegen, glauben wir doch, daß mit ihr eine positivere Beziehung möglich wäre, daß einige unserer Forderungen erfüllt werden würden." Und sei es nur eine Abmilderung der Repression. Denn in Metlatonc, der allererbärmlichsten Gemeinde des Bundesstaates, warnt Felipe Ortiz von der PRD: „Der Regierung stehen zwei Wege offen. Den Willen der Bevölkerung respektieren oder eine Radikalisierung herbeiführen. Die Leute sind entschlossen. Guerrero ist ein Pulverfaß, das jederzeit hochgehen kann." Die ERPI hat ihrerseits bereits Farbe bekannt: Sie befindet sich in einer Phase der „stillen Akkumulation von Kräften", um eine aufständische Situation unterstützen zu können. „Wir denken, daß es notwendig ist, sich vorzubereiten, denn in bestimmten Konjunkturen kann es Auslöser geben, die die Massen zum Aufstand bewegen."

Chiapas, Guerrero, Oaxaca, Veracruz, das ist fast der gesamte mexikanische Süden, der zwischen Gewalt und Frieden hin- und hergerissen ist. Wenn Cuauhtémoc Cárdenas bei den Präsidentschaftswahlen von 2000 unterliegt – und sei es regulär –, möchte hier für das, was dann passiert, niemand mehr seine Hand ins Feuer legen. „Wenn die Armee die EZLN angreift", sagte das EPR- (oder ERPI)-Mitglied „Manuel" Anfang des Jahres im Vertrauen, „hat Marcos zwar gesagt, daß er keine Retter will. Aber man kann ja nicht einfach mit verschränkten Armen abwarten. Wir würden von der Selbstverteidigung zur Kriegserklärung übergehen." Ein kleines Mittelamerika im Nafta-Territorium! Mit allen Zutaten, nicht bloß für einen klassischen Konflikt – Guerilla gegen Militärs –, sondern, wenn man den Voraussetzungen in der Region Rechnung trägt, für einen lokalen Bürgerkrieg.

Die Guerilla hat keinerlei Zukunft in einem Mexiko, wo künftig die Option von Wahlen existiert und wo die PRD reformistische Hoffnungen schürt. Doch strahlende Tage und eine langwährende Legitimität stehen ihr bevor, wenn die soziale und politische Demokratie nicht auch in den ärmsten Bundesstaaten einkehrt. Anstatt die Gefahr zu minimieren, schürt die Staatsmacht sie und spielt nur einen einzigen Hebel aus. In Tlapa ist Benito, als er aus der Niederlassung der UCIM herauskam, einem *judicial* von der Kriminalpolizei begegnet. Der Mann hat ihn aufgehalten, hat die Hand auf seinen Arm gelegt und ihn kalt angesehen, um dann bloß zu sagen: „Ich weiß, wer du bist. Ich weiß, was du tust."

dt. Miriam Lang

November 1998 - LE MONDE DIPLOMATIQUE

---

[1] Chilpancingo ist die Hauptstadt des Bundesstaates Guerrero. Mexiko ist in 31 Bundesstaaten und einen Bundesdistrikt gegliedert.

[2] Traditionelle Parzelle zur Selbstversorgung, wo Mais angebaut wird (Anm. d. Ü.)

[3] 10 Pesos entsprechen derzeit etwa einem Dollar.

[4] Entspricht in kleinen Dörfern dem Bürgermeister.

[5] Genaro Vázquez stirbt 1972 an den Folgen eines Autounfalls.

[6] Siehe „Guerre sociale au Guerrero", *Opuscules et Pamphlets*, Bd. I und II, Paris (Syllepse) 1997.

[7] *Ejido*: auf vorkolumbianische kommunale Bewirtschaftungsformen zurückgreifende Form des Landbesitzes. Die Parzellen bleiben Staatseigentum, werden aber über die Kommunen je einem *ejidatario* zur Nutzung überlassen. Dieser kann sie vererben, aber nicht verpachten oder verkaufen. Wenn eine Parzelle über zwei Jahre lang nicht genutzt wird, fällt sie an die Gemeinde zurück und wird neu verteilt (Anm. d. Ü.)

[8] Guerrero umfaßt fünf Regionen: Montaña, Centro, Tierra Caliente, Costa Chica und Costa Grande.

[9] Am 16. Januar 1994 hatte der damalige Präsident Salinas de Gortari angekündigt, er werde dem Parlament ein Amnestieprojekt für die führenden Leute des zapatistischen Aufstandes vorlegen. Am 18. Januar lehnt der Subcomandante Marcos dies in einem Text, der berühmt geworden ist, ab und antwortet: „Was will man uns verzeihen?" In: Andreas Simmen (Hrsg.), „Mexiko. Der Aufstand in Chiapas", Zürich/Berlin (WoZ-Verlag/ID-Verlag) 1994.

[10] Juan N. Guerra, „Historia personal de la Copa", México (Grijalbo) 1994.

[11] Fuerzas Armadas de Liberación Nacional (FALN), Fuerzas Armadas Revolucionarias del Pueblo (FARP), Comando Francisco Villa, Comando Morelos, Comandos armados mexicanos, Brigada Genaro Vásquez, Brigada Vicente Guerrero, Brigada obrera de autodefensa, Brigada 18 de mayo, Brigada campesina de ajusticiamiento, Organización revolucionaria obrera Ricardo Flores Magón, Células comunistas, Organización ejército del Pueblo, etc.

[12] Massaker an 45 vorgeblich zapatistischen Indígenas, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, das am 22. Dezember 1997 in Chiapas verübt wurde.

[13] Verkleinerungsform für compañeros (Genossen).

[14] Immerhin gibt es eine indirekte Verbindung: Dissidenten der EZLN, die mit der Linie des Subcomandante Marcos nicht einverstanden waren, insbesondere mit der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen 1995, sind zur EPR gewechselt.

[15] Im Bundesstaat Zacatecas hat die PRD den Gouverneursposten mit einem PRI-Mitglied an der Spitze errungen, das in letzter Minute übergetreten war: Ricardo Monreal. In Puebla hat sie einen Kandidaten aufgestellt, der lange Zeit im konservativsten Flügel der PAN aktiv war.

EXPO No- denn die Welt sieht anders aus
bundesweites Treffen in Wunstorf
(vorläufiges) Programm 11-13.12.1998

Freitag, 11.12.98

18.00 - 20.00 Uhr	Ankommen, Kennenlernen, Essen
20.00 - 21.00 Uhr	Vorstellung TIPP-EX, Filme, Ausklang

Samstag, 12.12.98

10.00 - 14.00 Uhr	(Gesellschaftliche) Einschätzung der EXPO möglicher Schwerpunkt: Nachhaltigkeit
15.00 - 19.00 Uhr	Aufarbeitung anderer Kampagnen gegen Großprojekte mit Gästen von der Sevilla- bzw. IWF-Kampagne

Sonntag, 13.12.98

10.00 - 14.00 Uhr	Vorstellungen von Vernetzung, Bündnisarbeit u.a. Frauenmarsch

Anmeldungen, Nachfragen und thematische Interessen bitte bis zum **01.Dezember** unter folgender Nummer **0511/762-5061** (unter Hinweis auf TIPP-EX und mit Angabe einer Telephon-Nr. für evt. Rückrufe) äußern. Wir verschicken dann ein Info-Paket.

KiezDisko Prenzlauer Berg

Freitag, 4. Dezember ab 22 Uhr



KvU # Kremmener Str. 9-11

Soli für Antifa-Prozeßkosten

Unser Christian wird 30



Wir wollen mit ihm am 9. Januar feiern.
Christian wünscht sich ein großes
Party-Bündnis für
Ideen, Kontakte und Geldspenden,
damit seine Geburtstagsfeier ein großes
Fest mit Livemusik, gut Futter und natürlich
auch politischer Diskussion
mit all seinen FreundInnen wird!
Dazu seid Ihr alle herzlich eingeladen!!!
Wir bitten Euch um Rückmeldung
bis 30. November unter 23252441 bei Reiner Felsberg

Wir beteiligen uns an der Geburtstagsfeier von Christian Specht

O Geldspende O Organisation

Wer?................Kontaktperson?..................Telefon?...........

⇒ ⇒ bitte ankreuzen, aufüllen und Christian zurückgeben ⇒ ⇒

HINTER DEM HORIZONT GEHT'S WEITER:

NÄCHSTES TREFFEN DES BERLINER
A-ZUSAMMENHANGS:
FREITAG, DEN 4. DEZEMBER 1998
IM A-LADEN, RATHENOWER STR. 22

EU-Gipfel in Wien vom 10.12 - 12.12. 1998
Frauenlesben, die Interesse haben mitzufahren, treffen sich am Mittwoch, den 2.12. um 20.30 im Mehringhof - Blauer Salon

Veranstaltungen im Bandito Rosso

Lottumstr. 10a, Prenzlauer Berg

Kulturabend spezial
Sa. 05.12., 21.00 Helena Frolowa: Russische Balladen, Chansons, Poesie
So. 13.12., 21.00 32 Variationen über Glenn Gould Kanada 1993 R.: Fancois Girard
Kulturabend
Mi. 02.12., 21.00 Gedichte u. Prosafragmente Stevan Tontic' (Sarajewo-Berlin) liest aus seinen neuen Büchern (serbisch/deutsch).
Mi. 09.12., 21.00 Solo Sunny
DDR 1973 R.: Konrad Wolf
Mi. 16.12., 21.00 Revolution Rumänien - Wir haben gesiegt!
Videogramme einer Revolution von Harun Farocki u. Andrej Ujica,
Dokumentarfilm Rumänien 1992
Mi 23.12., 21.00 Katyn - Geschicht einer historischen Lüge
Dokumentarfilm BRD 1993
Infocafé
Do. 10.12., 21.00 Beat Street
USA 1984 R.: Stan Lathan
Atomic Café
07.12. 20.00 !!! Infoveranstaltung zu den Aktionen gegen den EU-Gipfel vom 10.-12. Dezember in Wien (Situation, Möglichkeiten, Techniks, Inhalte)
14.12. 21.00 Vom Bürgerprotest bis zu den Schüssen - Filme zum Widerstand gegen die Startbahn 18 West
-'Keine Startbahn West: Trilogie eines Widerstandes' 1979-81
-'Wertvolle Jahre' 1991
21.12. 21.00 Das unsichtbare Visir I + II
Armin Mueller-Stahl als 'Kundschafter des Friedens'
28.12. 21.00 Simpsons goes Sozialkritik
Ausgesuchte Simpsons-Folgen nach Art des Hauses
Der wirtschaftliche Zweckbetrieb
Fr. 04.12. Fußball-Fan-Film St. Pauli
Fr. 11.12. Schlechte Musik und abgestandene Getränke XIII
Fr. 25.12. Delicatessen, Komödie Frankreich 1990
Antifa-Café
Di. 01.12. 20.00 !!! Small faces GB 1992
Di. 08.12. 20.00 !!! Desperado, USA 1994
Di. 15.12. 20.00 !!! Die üblichen Verdächtigen
Di. 22.12. 20.00 !!! Land and Freedom, GB 1994

BAOBAB

INFOLADEN EINE WELT E.V.

BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V. Christburger Str. 3 Berlin 10405

Veranstaltungstermine BAOBAB Infoladen Dezember 1998

27. November, 20.00 Uhr
„Und plötzlich sahen wir den Himmel..."
Film über Frauen der Guerillia aus Uruguay und Deutschland, die im Knast gesessen haben
Rote Hilfe Berlin

2. Dezember, 19.30 Uhr
Arbeit in der Weltfabrik
Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge der Ausbeutung in der Textilindustrie. Die beiden Referentinnen besuchen Anfang des Jahres verschiedene Maquilas in El Salvador
Referentinnen Eva Stahl, Tanja Kinzel, Maquila-Ini Berlin

7. Dezember, 19.30 Uhr
Ein Land wie Nicaragua
aktuelle Informationen und Reisebericht

10. Dezember, 19.30 Uhr
Nazis im Prenzlauer Berg - unorganisiert und harmlos?
AGIP Prenzlauer Berg

14. Dezember, 19.30 Uhr
Einig gegen Recht und Freiheit - Reiseziel Türkei
Film der hinter die Kulissen der Glimmerwelt des Freizeitkonsums
veranstaltet von der Kurdistan-AG der TU Berlin

jeden 2. und 4. Freitag im Monat Rote Hilfe Cafe ab 20.00 Uhr
Rechtsberatung möglich

wir bitten um die Veröffentlichung der Termine!!!

Anschrift
BAOBAB Infoladen
Eine Welt e.V.
Christburger Straße 3
10405 Berlin

Fahrverbindungen
Straßenbahn
1,20

Telefon
030 / 442 61 74

Telefax
030 / 44 35 90 66

E-Mail
BAOBAB@Omega.Berlinet.de

Öffnungszeiten
Infoladen
Montag-Freitag
ab 18.00 Uhr

Eine Welt Laden
Mi-Fr 14 - 18 Uhr
Sa 12 - 15 Uhr

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN:

7.Dezember 1998
um 19.00 Uhr
im A-Laden, Rathenower Str. 22
(Berlin-Moabit)

Das Schwarzbuch des Kommunismus
Vortrag und Diskussion



KomplEX lädt ein zum

Tanzen in den Nikolaus



mit:

- Dionysos (Funk/Pop)
- GinsengBonbons (Ska)
- Scrap Heap (lyrischer Salonrock)

anschließend DJ's

Sa, 5.12.98

ab 21 Uhr im EX,

Gneisenaustr. 2a U7 Mehringdamm